

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3,00, monatlich 1,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 92 E

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeitspalte oder deren Raum 30 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtsige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, frühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 239.

Donnerstag, den 11. Oktober 1917.

24. Jahrg.

## Für Frieden und Freiheit!

Seitdem der Reichstag in seiner bekannten Entscheidung vom 19. Juli seine Bereitwilligkeit zu einem Frieden der Verständigung ausgesprochen hat, der allen Völkern das Recht auf Selbständigkeit, Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit läßt, hat von deutscher Seite eine Agitation gegen diese Reichstagsmehrheit eingesetzt, die mit allen Mitteln betrieben wird. Ein Hagel von Beschimpfungen und Verdächtigungen prasselte auf jene hernieder, die noch nicht vom Blutvergießen befallen sind, die sich ihre Vernunft und klare Überlegung bewahrt haben. Man scheute sich nicht, sie des Landesverrats zu beschuldigen und suchte den Anschein zu erwecken, als ob die Befürworter des Verständigungsfriedens im Dienste oder mindestens im Interesse des feindlichen Auslandes handelten. Daß daran kein Wort wahr sein konnte, wußten die Leute, die so etwas behaupteten. Aber sie hofften damit Eindruck auf urteilslose Menschen zu machen.

Ein großer Teil der bürgerlichen Presse leitete den Eroberungspolitiker in ihren Bestrebungen, freiwillig oder von egoistischen Beweggründen geleitet, gern gesehene Unterstützung. Dann traten die Alldeutschen auch in Versammlungen, „volkstümlichen Abenden“ usw. an die Defensivität, predigten uferlose Eroberungen, sandten Telegramme an die verschiedensten hohen Stellen und suchten nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als stände hinter ihnen die große Mehrheit des Volkes. Vor einigen Tagen wurde auch in Lübeck eine solche Eroberungspropagandaveranstaltung in der Stadthalle abgehalten, in der als Redner der General v. Liebert auftrat, einer der reaktionärsten deutschen Politiker. Da diese Versammlung auf besucht war, so jubelten die alldeutschen-vaterlandsparteilichen „Lübener Anzeigen“ darüber, daß Tausende ihr Einverständnis mit den von Liebert und ihr gepriesenen Annexionen erklärten hätten und taten ganz so, als ob darnach die Lübecker Bevölkerung mit ihnen einer Ansicht sei. Wer die Lübecker Bevölkerung kennt, der wußte allerdings, wie wenig Boden die Alldeutschen hier haben.

Dann gründete man in Königsberg eine neue Partei, der man mit unerhörter Dreistigkeit den Namen Vaterlandspartei beilegte. Die ersten Kundgebungen dieser Organisation, die man jetzt gerne abwärts möchte, ließen auch ohne großen Scharfsinn erkennen, daß man es mit einer reaktionären Gründung zu tun hat, welche die freiheitlichen Reformen im Innern verhindern oder doch möglichst hinausschieben und vor allem den baldigen Verständigungsfrieden, den das Volk ersehnt, hintertreiben will. Für diese sogenannte Vaterlandspartei wird jetzt ein ungeheurer Apparat in Bewegung gesetzt. Amtliche und militärische Stellen werden für sie, und wie das geschieht, ist, haben die letzten Reichstagsverhandlungen gezeigt. Auch in Lübeck hat man nunmehr eine Ortsgruppe ins Leben gerufen, unter starker Mitwirkung alldeutscher Elemente, die ja besonders im Lübecker Senat dominieren. Daß sich auch Mitglieder der Liberalen, deren Leitung erfreulicherweise sich mit aller Entschiedenheit gegen die „Vaterlandspartei“ ausgesprochen hat, im hiesigen vaterlandsparteilichen Ausschuss befinden, sei nur nebenbei erwähnt.

Unter diesen Umständen war es einmal notwendig, öffentlich zu zeigen, wie die Mehrheit der Lübecker Bevölkerung, vor allem die Arbeiterschaft, über die Friedensfrage und über die freiheitliche Ausgestaltung Deutschlands denkt. Die dem Zwecke dienende große Versammlung in der Stadthalle. Und die Massen waren erschienen, um ihren Willen kund zu tun. Waren, wie das Amtsblatt behauptete, in der Liebert-Versammlung Tausende, so verdoppelte sich gestern mindestens deren Zahl. Es war ein imponierender, fesselnder Anblick, die gewaltige Volksmenge, von welcher weit mehr als die Hälfte mit Stehpöhlen fürlieb nehmen mußte. Auch die Zusammenfassung der Versammlung war interessant. Vor allem war vertreten das große Heer der werktätigen schaffenden Bevölkerung, die unter Entbehrungen unermüdlich tätig sein muß, zur Aufrechterhaltung der Landesverteidigung und des heimischen Wirtschaftslebens. Man sah die Frauen, deren Söhne und Männer im Felde stehen, und die selbst in den Fabriken, am Hafen, in den Verkehrsinstituten arbeiten, junge Mädchen aus den Kontoren, Geschäften, Angehörige des Mittelstandes, der gleichfalls schwer unter dem Kriege zu leiden hat, Beamte, Landesverteidiger in Zivil und Feldgrau, vielfach geschmückt mit den Abzeichen des im Felde erworbenen eisernen Kreuzes, Männer, die dem Tode ins Auge gesehen haben, aber nichts von dem Rachehelden wissen wollen, den Herr Liebert deutschen Soldaten predigt. Gegner eines Verständigungsfriedens waren wohl nur ganz vereinzelt erschienen, denn als die Abstimmung über die vorgeschlagene Entscheidung für Frieden und Freiheit vorgenommen wurde, da reichte sich ein unübersehbarer Wald von Armen empor, und nicht eine einzige Hand erhob sich bei der Gegenprobe. So hat denn, wie nicht anders zu erwarten war, die große Masse der Lübecker Bevölkerung gestern klar zum Ausdruck gebracht, daß sie mit den Eroberungsplänen der Alldeutschen und ihrer vaterlandsparteilichen Tochtergesellschaft nichts gemein hat. Sie will im Einklang mit der deutschen So-

zialdemokratie einen baldigen Frieden der Verständigung und ein wirklich freies deutsches Volk.

Wir lassen nunmehr den Versammlungsbericht folgen. Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins, P. Löwig, eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß diese Kundgebung notwendig wurde, um der Behauptung den Boden zu entziehen, daß hinter den Eroberungspolitikern in Lübeck die Mehrheit unserer Bevölkerung stehe. Der Besuch zeige, auf welcher Seite die Volksmassen ständen.

Darauf nahm Reichstagsabgeordneter Stücklen das Wort. Er führte aus:

Wir stehen im vierten Kriegsjahre. Bisher haben wir geglaubt, unseren Feldgrauen einen vierten Kriegswinter ersparen zu können. Doch der Himmel hat sich wieder bewölkt und die Aussicht für das baldige Ende des Völkermordens ist trüber geworden. Kein Zweifel! Die Menschheit hat den Krieg satt. 99 Prozent aller Menschen — einschließlich der Neutralen — würde sicher für die Beendigung stimmen, wenn es zu einer Abstimmung käme. Man gewinnt aber den Eindruck, als ob die Regierungen niemals zum Frieden kommen. Sie reden aneinander vorbei. Ewig kann die Erde aber nicht mit Menschenblut gedüngt werden. Es wird Zeit, dem Drama ein Ende zu machen. Wenn die Regierungen das nicht fertig bringen, wenn die Diplomaten versagen, so müssen die Völker über sie hinweg sich verständigen und das Ende herbeiführen. Wir und auch weite Kreise des Bürgertums haben anfangs große Hoffnung auf Stockholm gesetzt. Sie konnte sich bisher nicht verwirklichen. Dennoch sind wir der Überzeugung, wenn einmal die Sozialdemokraten aller Länder zusammenkommen, so wird ein Weg für die Verständigung und die Beilegung des Endes des Völkermordens gefunden. Millionen legen sich die Frage vor: Für was wird denn eigentlich noch gekämpft? Nach einer Statistik sind bis jetzt 15 Millionen Menschen getötet, davon entfallen 9 Millionen allein auf Rußland. Und ungeheuer ist die Zahl der Krüppel, der Umfang des Elends und der Verwüstung. Gewaltige Friedenssehnsucht geht durch die Welt. Eine Sehnsucht, die auf endliche Erfüllung hofft. Was steht dem entgegen? Der Staatssekretär hat gestern im Reichstage gesagt: Es handelt sich nicht mehr um Belgien, sondern es handelt sich nur um Elsaß-Lothringen.

Die Franzosen haben das Wort von der Desannexion Elsaß-Lothringens geprägt. Warum soll man diesen Begriff dann aber nur auf die letzten fünfzig Jahre und nicht viel weiter ausdehnen. Auf der gegnerischen Seite wird vielfach die Schuldfrage in den Vordergrund gerückt. Es kommt aber heute nicht darauf an, wer die Schuld hat, es kommt darauf an, das Ende herbeizuführen. Schuld haben sie alle. (Lebhafte Zustimmung.) Ob der Hauptschuldige nach 10 oder 15 Jahren erlöst wird, das ist jetzt gleichgültig. Im Laufe des Krieges hat sich besonders herausgestellt der Interessengegensatz zwischen Deutschland und England. England hatte früher auf dem Weltmarkt dominiert. In den letzten Jahren aber hat der deutsche Kaufmann sich den Weltmarkt mehr und mehr erobert. Daraus sind Interessengegensätze entstanden. Aber dieser Interessengegensatz rechtfertigt das Völkermorden nicht. Wenn es wirklich möglich wäre, Deutschland vom Weltmarkt zu verdrängen, so würde das bedeuten, daß in Zukunft nicht Waren, sondern Menschen ausgeführt werden. Einst fiel das Wort: Wenn es hier nicht paßt, der solle den Stand von seinen Pantoffeln schütteln. Wir haben das abgelehnt. Wir sind dagegesehen und haben an Deutschland in unserem Sinne gearbeitet. Die Kapitalisten können ihr Geld überall anlegen, während der Arbeiter viel mehr an sein Land gefesselt ist. Wir als Partei brauchen deshalb einen Frieden, der Deutschland den Weltmarkt sichert, einen Frieden, der Deutschland ermöglicht, weiter Handel treiben zu können. Die Gegner sagen, sie führen den Krieg, um den Völkern die Freiheit zu bringen und den Militarismus zu vernichten. Auch von deutscher Seite aus wollte man den Polen und Slaven Freiheit bringen, aber die Erfahrungen, die man damit gemacht hat, sind nicht ermutigend. Jedes Volk muß sich eben seine Freiheit von innen heraus selbst erkämpfen. Wir wollen keine Geschenke aus der Hand des Feindes, wir wollen aber auch nicht solche ausstatten. Wir wollen die staatsbürgerliche Freiheit, aber nicht auf den englischen und französischen Bajonetten.

Es ist doch merkwürdig, daß Deutschland so verhaßt ist in der Welt. Wir erleben alle Tage fast eine Kriegserklärung. Aber immer gegen uns. Daß wir Deutschen ein Kulturvolk und arbeitssam sind, ist doch bekannt. Woher kommt der Haß? Man sagt dann: Ihr habt in Deutschland die Herrschaft der Junker, ihr habt Klassenwahlrechte, die man in freien Wäldern nicht mehr kennt. Und ein anderes kommt dazu. Das sind die jordanischen Kämpfungen in Deutschland. Das ist es, was uns im Ausland verhaßt gemacht hat. Nicht einmal in der Schweiz ist man Deutschland freundlich gesinnt. Die Feinde hatten auch geglaubt, in den Augenblicke, wo der Krieg ausbricht, werden die deutschen Sozialdemokraten Revolution machen, und auf unserer Seite sein. Das war falsch gedacht. Wir haben immer gesagt, daß wir Deutschland verteidigen müssen. Und gewiß nicht um der schönen Augen der Herrschenden willen, sondern in unserem eigenen Interesse. Der Reiche kann fliehen, wenn der Krieg über das Land stampft, aber der Arme muß dableiben. Redner schildert das Kriegselend in Flantern, wo die Menschen unter dem Granatenhagel Feldfrüchte einsammeln und in den Kellern wohnen, ungenügend bekleidet, mit durchgehenden von deutschen Soldaten.

Als der Krieg begann, hieß es, uns treibt nicht Eroberungslust. Und jetzt sollen nach den Wünschen alldeutscher Heimerobrer große Länderstücken anernettiert werden. Man beruft sich auf die Meinung der Soldaten. Die danken dafür. Er empfangen tausende von Soldatenbriefen, aber diese schreiben, wir wollen bessere Verpflegung, mehr Ruhe, bessere Behandlung, wir wollen beim, wir wollen Frieden. Noch keiner habe ihm geschrieben, er

möchte draußen bleiben, bis Frankreich erobert ist und wenn es noch zehn Jahre dauerte. Redner erörtert dann den Anflug der Stammtischtelegramme, die in den feindlichen Ländern ausgenutzt werden und dazu beitragen, daß immer mehr Menschenleben vernichtet werden. Und wer sind denn diese Leute, die sie schicken? Warum gehen sie denn nicht hinaus? Sie können sich auch in vorgerücktem Alter draußen nützlich machen. Hier in diesem Saale hat vor einigen Tagen der Reichsverhandlungsgeneral Liebert das Wort wiederholt: Nacht geht vor Recht. Das ist der Standpunkt des Raubrittertums. Und dieser darf in Zukunft nicht mehr gelten. Was sollte denn sonst aus den kleinen Ländern werden? Wenn nun die Gegner sagen: Wir wollen auch von dem Militarismus befreien, so brauchen wir sie dazu nicht. Wir sind vorher Gegner des Militarismus gewesen, wir werden es auch in Zukunft sein. Was ist denn heute noch vom Friedensheer übrig? Was heute draußen ist, das ist das deutsche Volk in Waffen. Der Militarismus ist ein System, mit dem wir allein fertig werden. Die Engländer, die bei uns den Militarismus nicht beseitigen können, ohne Vernichtung des Volkes in Massen, mögen nur den ihrigen beseitigen. Zu den Annexionen übergehend, bemerkte Redner, daß kein Arbeiter auch nur einen Pfennig mehr in die Tasche bekommt, wenn Belgien deutsch würde. Die Spuren von Elsaß-Lothringen, dessen Bevölkerung deutsch war, schreien. Wie könnten wir eine Bevölkerung annectieren, die eine ganz andere Sprache redet; sie würde naturgemäß all ihr Sinnen und Trachten darauf richten, wieder von Deutschland loszukommen und eine ständige Kriegsbedrohung bilden. Die Völker sind doch keine Hammelherde, die man heute an den verächtlichen kann und morgen an jenen. Deutschland ist heute ein Nationalstaat. Und darin liegt seine Kraft. Wenn wir annectieren, werden wir aber Nationalitätenstaat, wie es Oesterreich ist. Was wir nicht wollen das uns geschieht, das dürfen wir auch anderen nicht zufügen. Man redet von Annexionen. Wenn Belgien selbständig bleibt, werden wir trotzdem den Hafen von Antwerpen benutzen, wie vor dem Kriege. Und die Belgier würden sich nur selbst schädigen, wollten sie diese Geldequelle zuschütten. Weiter hat Liebert gesagt: Wir brauchen Siedlungsland, um mehr Nahrung zu schaffen. Früher hieß es auf der konservativen Seite, wir brauchen hohe Zölle, um die ausländischen Waren fernzuhalten. Vor einigen Wochen hat eine große rheinische Hüttengesellschaft zum Ausdruck gebracht, Deutschland müßte das Erzbecken von Longwy-Brize annectieren, an der die Herren selbst Teilhaber sind. Die Erz bekamen wir aber früher schon, als sie im französischen Besitz waren. Alle die Herren wollen allein ausbeuten.

Nun die Frage der Kriegsentwädigung. Wir haben im Laufe des Krieges 140 000 Millionen Mark Schulden gemacht. Jeder weitere Tag kostet 100 Millionen Mark. Und da sollte der Krieg weitergehen, um Entschädigungen zu verlangen! Wir haben vor dem Kriege eine jährliche Ausgabe gehabt von 3000 Millionen Mark, diese werden wiederkommen. Dazu kommen 5000 Millionen Mark Zinsen für die Kriegsschulden, dazu kommen 5000 Millionen für Wäizer und Wäissen. Das sind 13 000 Millionen Mark. Wer soll denn bezahlen. Glaubt man, daß Frankreich die Schulden bezahlen kann? Das Land, das ungenügend gefüllt hat, glaubt man Rußland, Italien, Serbien oder Montenegro können zahlen? Der einzige Gegner der zahlen könnte, wäre England. Redner kommt auf den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu sprechen, der uns alle Neutralen zum Feinde gemacht hat und indirekt die eigene Lonnage vermindert. England sollte in drei Monaten auf den Knien liegen. Heute sind es fast 9 und noch immer ist es nicht so weit. Ganz so schlecht kann es in England mit der Ernährung nicht stehen, das sieht man an den guten Sachen, die den englischen Gefangenen geschickt werden. Kurz die Vorgänge in Rußland streifen, wo der Zar in Sibirien sitzt, in dem Lande, wo so viele Unschuldige zugrunde gingen, wies Redner daraufhin, daß der Arbeiter- und Soldaten-Rat zuerst die Parole, Frieden, ohne Annexionen und Kontributionen ausgab. Der deutschen Sozialdemokratie ist es dann gelungen, auch die Mehrheit des deutschen Reichstages unter diese Parole zu sammeln, um den Krieg abzulösen. Es regnete deshalb Schlammfluten auf die Reichstagsmehrheit herab. Aber sie steht fest. Die Frage der Reichstagsauflösung ist wieder fallen gelassen worden. Man hat Angst vor dem eigenen Kurage, weil Reichstagswahlen mit hungrigem Magen nicht gut ausfallen könnten. Wer nicht den Frieden will, der soll selbst hinausgehen. Die Kapitalisten, die sich gegen die Verständigung wenden, mögen sich selbst gegengütig die Schadel einschlagen, aber den Völkern sollen sie es nicht zumuten. (Lebhafte Zustimmung.)

Auf die Papstnote, die Redner kurz skizzierte, folgte die Note Wilsons, der darin einen Ton anschlug, der nicht zulässig war. Wir brauchen Wilson nicht zu unserer Demokratisierung. Es folgte die deutsche Antwortnote, die die Abriistung zusagte. Besser wäre es gewesen, sie hätte auch den klaren Verzicht auf Belgien enthalten. Es kam die treffliche Rede des österreichischen Ministers Grafen Czernin, die noch viel besser gewirkt hätte, wenn sie der deutsche Reichstagsminister im Deutschen Reichstage gehalten hätte, anstatt, daß sie auf einem Festessen in Ungarn erfolgte. (Lebhafte Zustimmung.) Jedenfalls geht daraus hervor, daß es die Oesterreicher ablehnen, für die alldeutschen Ziele zu kämpfen. Es muß doch Rücksicht genommen werden auch auf die Verbündeten Deutschlands. Aber die Alldeutschen wollen mit dem Kopfe durch die Wand. Deshalb gründeten sie eine Partei, die auch eine ist und so heißt, aber keine sein soll. Sie prunkten schon mit Mitgliederzahlen. Aber es sind immer dieselben Leute. Heute, Notenterein, morgen Alldeutscher Verband, übermorgen Völkischer Bund und am nächsten Tage sind die Vaterlandspartei! Sie leichten es durch, daß „Aufklärungs-vorträge“ im Heere eingeführt wurden. Was es damit ist, zeigen die Verhandlungen des Reichstages. Von einer Kriegsbegründung ist heute in Deutschland und auch in den feindlichen Ländern nichts mehr zu merken. Dazu hat der Krieg zu lange gedauert, dazu hat er zu große Opfer gekostet. Der Verständigungsfriede bedeutet die Erhaltung des Reiches in

jetzt Bestande vor dem Kriege. Die Ziele der Vaterlands-  
partei würden hingegen bedeuten neuen Krieg, neues Weltkriegen,  
neue Opfer. Die Herren fürchten, daß die Vorrechte, die sie haben,  
beschnitten werden könnten, deshalb möchten sie die Neuorientierung  
bis nach Friedensschluß hinausschieben. Sie möchten am liebsten bei uns im Innern alles beim alten lassen. Der alte  
Militär- und Polizeistaat kann aber nicht so weiter bestehen. Wir  
warten nicht, bis die Soldaten heimkehren. Wir schmieden das  
Eisen, solange es warm ist, sonst könnte man schlechte Erfahrungen  
machen.

Herr Michaelis hat sich bisher mit auswärtiger Politik nicht  
befaßt. Er will es mit keiner Seite im Lande verderben. Der  
Reichstag wurde nicht gehört, als seine Ernennung erfolgte. Das  
Zentrum bekam einen Justizminister in Preußen, die Nationalsozialisten  
bekamen einen und die Fortschrittler in der Person des  
Dr. Spaender und sogar die Sozialdemokratie ging nicht leer  
aus. Sie bekam einen Unterstaatssekretär. Aber die Partei  
wurde nicht gefragt. Sie trägt keine Verantwortung für ihn.  
Mordding kann man in Zukunft keine Beamten mehr wegen so-  
zialdemokratischer Gefinnung maßregeln. Wir wollen aber ein  
parlamentarisches Ministerium. Was in Frankreich, England,  
Italien, Österreich geht, das muß auch bei uns gehen. Die Mi-  
nister müssen auch Abgeordnete sein, sie müssen auch ihren Wäh-  
lern verantwortlich sein.

Gestern hat der Reichskanzler im Reichstage die Partei der  
unabhängigen Sozialdemokratie als außerhalb des Rechtes stehend  
bezeichnet. Das ist gänzlich unstatthaft. Auf beweislose Behauptun-  
gen hin wurden die Vorwürfe erhoben, von denen kein Mensch  
eine Ahnung hatte. Morgen wird die englische und französische  
Presse von Deutschland in der deutschen Marine berichten. Kriegs-  
abklärung werden diese Vorgänge im Reichstage, die in einem  
parlamentarisch regierten Lande unmöglich sind, sicher nicht.  
Wir hören jetzt so häufig von bürgerlicher Seite das Lob der deut-  
schen Frauen singen, die im Kriege Unvergleichliches leisten. Mit  
schönen Worten ist aber nichts getan. Man gebe den Frauen das  
Wort. Unsere entsprechenden Anträge finden jedoch bei allen  
bürgerlichen Parteien Ablehnung. Da wir ein einmütiges Klassen-  
gesetz haben, wird auch in Zukunft der Klassenkampf geführt werden  
müssen, damit wir zu wirklich freibürgerlichen Verhältnissen ge-  
langen. Dazu ist die Einigkeit der Arbeiterschaft notwendig.  
Wenn die Kriegswirtschaft aufhört, wird eine ungeheure Arbeits-  
losigkeit eintreten. Er glaube nicht, daß die Kapitalisten so ein-  
sichtslos sein werden, um für die zurückbleibenden Landesverteidi-  
ger Opfer zu bringen. Die Arbeiterschaft muß dann selbst auf  
dem Felde sein. Ein Wort noch von den Wirkungen des Krie-  
ges. Erst wenn der Krieg zu Ende sein wird, werden wir erst den  
ganzen Jammer erkennen. Wenn viele Mütter vergebens auf  
den Sohn, Frauen vergebens auf den Mann, Kinder vergebens  
auf den Vater warten. Sie liegen im fremden Land begraben.  
Und wenn man fragt, für was? War das Ergebnis solche Opfer  
wert? Den Witwen, Waisen und Krüppeln muß das Reich eine  
genügende Versorgung gewähren. Es darf nicht wieder Invaliden  
mit dem eisernen Kreuz und dem Veierkreuz geben. Das was  
nach dem Kriege Deutschland ist, darf nicht mehr der Polizei- und  
Militärstaat sein, das muß ein demokratisches Staatswesen sein.  
Ein freies, ein modernes Deutschland. (Lebhafter minutenlanges  
Beifall.)

Hierauf verlas der Vorsitzende Genosse Löwig folgende Reso-  
lution, die einstimmig angenommen wurde:

Die Versammlung erklärt sich einig mit den Bestrebungen  
in allen Ländern und bei allen Völkern, die einen schmelzen  
Frieden ohne Vergewaltigung, ohne Landabtretungen und ohne  
Verständigungen fordern. Sie erblickt in einer solchen Ver-  
ständigung der Völker die einzige Möglichkeit, die europäische  
Kultur zu retten und einen dauernden Weltfrieden herzustellen.  
Sie erkennt in einem solchen Frieden den Ausdruck der Ideale  
und der politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse des deut-  
schen Volkes, insbesondere der deutschen Arbeiterklasse.

Die Versammlung weißt deshalb alle Bestrebungen der all-  
deutschen, vaterlandsbühlerischen und sonstigen Eroberungs-  
politiker zurück, die auf gewaltsame Gebietsveränderungen oder po-  
litische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen hin-  
auslaufen, da solche Forderungen nur den Krieg bis zum völ-  
ligen Ruin der Völker verlängern und die Gefahr neuer Kriege  
herausbeschwören.

Die Versammlung verspricht, mit allen Kräften für die  
baldige Herbeiführung des Friedens und für die freibürgerliche  
Neuordnung Deutschlands zu wirken.

Nach einem markigen Schlusswort, in dem der Vorsitzende die  
Versammlung aufforderte, in Massen der sozialdemokratischen  
Partei als der entschiedenen Friedenspartei beizutreten und deren  
Presse zu abonnieren, die für den Frieden und gegen die Kriegs-  
verlängerer wirkt, verließen die gewaltigen Massen den Saal.

## Das Treiben der Alldeutschen.

In der „Deutschen Korrespondenz“ widmet  
Dr. Martin Höbhorn den Alldeutschen, die sich in einer  
faum noch zu überbietenden Weise als die Alldeutschen  
aufspielen, diese trefflichen Worte:

„Ihr überspannt den Bogen und würdet, ließe man  
euch gewähren, in Gefahr geraten, die gewaltige Zukunft  
des Reiches durch Dilettantismus zu verderben. Deutsch-  
lands Kraft ist bis zum Kriege stetig gewachsen, bis niemand  
mehr uns hätte einengen dürfen; nun vollends, da wir den  
gefährlichsten Ansturm bekanden haben, da keine Koalition  
mehr hoffen kann, uns und unsere Verbündeten niedersur-  
ringen, nun reißt unsere Ernte. Ein Jahr durch Friedens-  
schluß abgedrohter Krieg wäre ein Sieg Deutschlands“, so  
bekannt man in England (Hædham). Bezüglich der wir  
daran, anderen Völkern nach dem Leben zu trachten und  
dadurch die Welt zu immer wilderem Vandalismus zusam-  
menzuführen, dann werden wir darzulegen, was unserer  
bewährten Kraft gebührt. Das Wort zum Verzicht  
Frieden ist eine Lüge der Demagogen; auf nichts  
ist verzichtet als auf Völkerricht. Die Nachbarn werden  
uns die Verbesserung unserer Grenzen und neues Siedlungs-  
land vor unserer Tür einräumen; für unsere Hauptstädte  
fordern wir ein großes Kolonialreich; die zukunftsreiche  
Koloniebrücke nach Südosten haben unsere Heere aus un-  
widerräuflich erstritten und werden sie, gibt der Feind nicht  
nach, nach erweitern. Eine Kriegsentwöhnung werden wir  
neben folgendem Gewinn im Notfall verschmerzen können.

Ihr Alldeutschen aber habt Fehler auf Feh-  
ler gemacht, die unsere glückliche Zukunft gefährden. Vor  
und im Kriege habt ihr durch eure zügellosen Forderungen von  
Kriegslust, Landhunger und Machtbegierde die Völker um  
ans her gereizt und bedroht. Da drüben waren tätige  
Kriegsfreunde am Werk, Seite wie ihr selber, die nahen  
das aus, um gegen Deutschland zu helfen, und haben nun  
die Hauptursache angeben. Europa mag die Deutschen nicht,  
ihre Fortschrittlichkeit, ihre Weltberühmtheit erfüllen  
die Lust mit einer unartigen Spannung, schrieb ein  
Jahr vor dem Ausbruch des Krieges Sir Joseph Compson,  
Minister (A. D. Bl. 1913, S. 22); und der französische Ober-  
beamte nach Kriegsausbruch: „Die gesamte Kenntnis des  
politischen und militärischen Programms der Alldeutschen  
bezieht sich in alle wesentlichen Probleme des Krieges. Sie  
läßt die tiefere Ursache des Kampfes hervorheben, sie erklärt

keine unmittelbaren Anlässe, die noch ziemlich unbekannt  
sind. . . . Diese Kenntnis erlaubt auch, die positiven Bedin-  
gungen des Friedens ins Auge zu fassen, welche die Alldeutschen  
Deutschland auferlegen müssen, um dem preußischen Milita-  
rismus das Ende zu bereiten und Europa das Ende der  
schweren Kämpfe und einen wirklich dauerhaften Frieden  
zu bringen.“ („La Victoire“ vom 5. 1. 1916.) Da ist also  
ausgesprochen, daß preußischer Militarismus und Alldeut-  
schum in der Sprache der uns feindlichen öffentlichen Meinung  
Ausdrücke für dieselbe Sache sind. Ihr Alldeutschen habt mit  
eurem lauten „Programm“ den Feinden Waffen genug  
gegen uns geschnitten, und die Wirkungen eurer politischen  
Führerbegabung spüren wir heute an der Erbitterung der  
feindlichen Heere und Völker.

Jedoch durch die großen äußeren Schwierigkeiten, die  
eurer und anderer Leute Fehler uns geschaffen haben, wird  
unser starkes Volk sich schließlich hindurchzubringen wissen.  
Noch viel schlimmer aber ist die Verflachung und Verhegung,  
die ihr in unser Volk selber hineinzutragen am Werke seid,  
und wiederum nur um mißverständlicher Güter willen. Ihr  
wollt unsere geistigen Führer sein? Ihr wollt unser Wesen  
höher steigern? Eure Gedanken genügen uns nicht, eure  
Sitten gefallen uns nicht. Laßt die deutsche Generation  
von 1914 ihren Weg nur weiter gehen und schließt euch ihr  
bescheiden an: Sie hat ihre Sache bisher ganz leidlich ge-  
macht.“

Diese Mahnworte werden bei den Alldeutschen nichts  
fruchten.

### Alldeutsche Hoffnung auf Kriegsverlängerung!

Der Alldeutsche Verband hat am Sonntag in Kassel ge-  
tagt. Aus den Referaten geht hervor, daß die Ländergier  
der Herren Alldeutschen in ländlichem Wachstum begriffen  
ist. Zu dem üblichen Annexionsprogramm, das im Osten  
Rurland und Litauen, im Westen Belgien und das Erz-  
becken von Brien verlangt, kam diesmal noch die durch

# Unsere ganze Zukunft

wird in dieser Gegenwart erobert. Um  
Großes geht's, um alles! Und wenn  
Du den letzten Groschen dem Vater-  
lande leihst, armfelig und klein bleibt's  
immer noch gegenüber dem, was  
draußen im Feld jeder einzelne leistet.

A l s o

fort mit törichter Heugstlichkeit,  
fort mit „Wenn“ und „Aber“,  
fort mit Klagen und Zaudern!

Rede nicht! Frage nicht!

Zeichne!

Herrn Sacmeister erhobene Forderung nach dem Kohlen-  
becken von Valenciennes in Nordfrankreich! Die-  
ser neueste alldeutsche Tip scheint von einem Studienprofessor  
ausgehend zu sein, der unter dem heutigen Kohlenmangel  
und dem Heizverbot leidet. Offenbar weiß der gute Mann  
nicht, daß der jetzige Kohlenmangel keineswegs auf dem  
Mangel an Bodenschätzen beruht.

Das Wichtigste aber war das Referat des Verbands-  
vorsitzenden Claf über die politische Lage. Herr Claf tabte  
nicht nur über Bethmann-Hollweg, auch Herr Dr. Michae-  
lis hat es bei ihm schon verstanden, weil es ihm an der  
nötigen Entschlossenheit fehle, besonders aber wegen seiner  
Haltung in der Polenfrage und der Antwortnote an den  
Papst Benedikt. Die Lorbeeren, die die Alldeutschen dem  
neuen Mann eifertig spendet haben, sind schnell verwehlt.  
Sehr bezeichnend sprach Herr Claf auch über das „vom Abgeord-  
neten Erzberger mißleitete Zentrum“. Aber die richtige  
Entscheidung der alldeutschen Grundstimmung brachte erst der  
Schluß der Claf'schen Rede. Da gab Herr Claf seiner unver-  
hohlenen Freude darüber Ausdruck, daß durch die ablehnende  
Haltung der Gegner der Krieg noch um einiges verlängert  
werde! Herr Claf, der national-alldeutsche Mann, fiel dem  
Lage George und Poincaré trübselig über den Hals,  
daß sie ihm durch ihre kriegerische Haltung einträchtig-  
lich den Krieg noch fortzuführen helfen. Damit Herr Claf  
nicht etwa behauptet, wir hätten seine Worte entstellt, geben  
wir sie nach dem ausführlichen Bericht der alldeutschen Presse  
wieder. Herr Claf sagte:

So verzweifelt sich die Lage bei fortwährender Betrachtung  
darstellt, so ist das letzte Wort noch lange nicht gesprochen —  
denn unsere Feinde schlagen in die immer und immer wieder  
würdelos und unpolitisch dargebotene deutsche Friedenshand  
nicht ein. Die Antworten, die mittelbar oder unmittelbar aus  
Amerika, aus Rußland, England und Frankreich kommen, deu-  
ten darauf hin, daß dort die Verhinderung der Kriegszustände und  
der von ihnen verurteilten Völker noch nicht gewichen ist; sie  
alle helfen an ihrem Kriegszustand fest, die in Wahrheit die  
Verhinderung des Deutschen Reiches in sich schließen würden.  
So dürfen wir unsere Hoffnung auf die Verhinderung unserer  
Feinde setzen — ein trauriger Trost — aber immerhin ein Trost  
mit real-politischem Inhalt. Denn er genügt denen, die einen  
frühen deutschen Frieden erstreben, die Zeit, die Auslieferung in

immer weitere Kreise des Vaterlandes zu tragen; er erwirkt  
Zeit für weitere militärische Erfolge und bereitet dem Ge-  
danken freie Bahn, daß das politische Kriegsergebnis dem mili-  
tärischen Siege entsprechen muß.

Nach diesen Worten können die Alldeutschen nicht mehr  
leugnen, daß die Verlängerung des Krieges ihr eigentliches  
Ziel ist. Daß sie sogar den Gegnern für die Verlängerung  
des Krieges danken, beweist die Strupellofigkeit, mit der sie  
dies Ziel verfolgen.

Tirpitz verzichtet.

Tirpitz veröffentlicht im Namen der Deutschen Vater-  
landspartei durch die „Telegraphen-Union“ folgende Er-  
klärung:

„In der Presse und im Reichstage ist die Behauptung  
aufgestellt worden, daß die Deutsche Vaterlandspartei För-  
derung von amtlicher Seite erfahre und durch Ausnutzung  
amtlicher oder wirtschaftlicher Abhängigkeitsverhältnisse  
ihren Mitgliederbestand vermehre. Diese Behauptung ist  
unwahr. (!!) Es fehlt sogar nicht an Menschen, die auf ein  
umgekehrtes Verhalten mancher amtlichen Stellen schließen  
lassen. Trotzdem in Einzelfällen Versuche von Beamten,  
Unternehmern usw. den Beitritt von Untergebenen zu er-  
zwingen, vorgekommen sein sollten, so mißbilligt die Partei-  
leitung solches Verfahren auf das schärfste. Es gilt hierfür  
daselbe wie für das Hineinziehen von Fragen innerer  
Politik, das angeblich vereinzelt erfolgt sein soll. Sie würde  
in diesem Falle nur die dringende Bitte an ihre Mitglieder  
und Freunde richten können, solche Schritte zu unterlassen.  
Die Deutsche Vaterlandspartei verzichtet auf amtliche Pro-  
tektion und auf Mittel der Mitgliederwerbung der geschil-  
derten Art. Sie hat sie auch durchaus nicht nötig, im Gegen-  
teil, sie vermag die Erledigung der Riesenzahl von Beitritts-  
anmeldungen aus allen Schichten und Parteien kaum zu be-  
wältigen. Die Deutsche Vaterlandspartei ist eine Volks-  
bewegung, die, aus der Notwendigkeit der Zeit geboren, ihren  
Weg ohne fremde Krücken macht und für ihre Verber- und  
Aufklärungstätigkeit lediglich dieselbe Freiheit beansprucht,  
wie jeder Deutsche. Schon jetzt liefert das Wachstum der  
Vaterlandspartei den Beweis, daß mit uns die überwälti-  
gende Mehrheit des deutschen Volkes hinter jeder Regie-  
rung steht, die einen zu Deutschlands Niedergang führenden  
Verzichtfrieden ablehnt und die Fahne des Sieges hochhält.“  
Und das gläuwst du?

Die amtliche Agitation für die „Deutsche Vaterlands-  
partei“.

In Verleberg hielt am 3. Oktober abends der  
stellvertretende Bürgermeister Bierck eine  
Versammlung ein, um eine Ortsgruppe Vaterlandspartei zu gründen. Die  
von der Bürgermeisterei dabei entfaltete Agitation (Auf-  
rufe in den Zeitungen, Verteilung von Werbezetteln in den  
Häusern usw.) hatte denn auch den Erfolg, daß die Versamm-  
lung einen recht ansehnlichen Besuch aufwies. Selbstver-  
ständlich erschien auch der Landrat, um sich persönlich für die  
„gute Sache“ einzusehen. Jetzt liegen die Werbelisten in der  
Bürgermeisterei Verlebergs aus.

## Die Kriegslage.

Der mißlungene englisch-französische Ansturm.

Unter Beteiligung französischer Divisionen versuchten die  
Engländer am 9. Oktober abermals durch Einzug der Masse  
ihres Menschenmaterials, ihrer Artillerie und Angriffsmaschinen  
die Entscheidung an der Flandern-Front herbeizuführen, die  
ihnen ihr prahlerischer Sieg vom 4. Oktober nicht brachte.  
Auch die englische Behauptung, jeden Tag einen Bewegungs-  
krieg gegen die deutsche Flandern-Armee beginnen zu können,  
ist gerade durch ihren neuen Angriff gegen die feste deutsche  
Stellung aufs klarste widerlegt worden. Nach tagelangem Zer-  
störungsfeuer setzte am 9. Oktober morgens stärkstes Trom-  
melfeuere ein. Gegen 7 Uhr vormittags brachen die dichten,  
tiefgelegenen Massen der Engländer und Franzosen in fast  
20 Kilometer Breite zwischen Bischoote und Gheluwelt gegen  
unsere Linien vor. Schon in die dichten Angriffskolonnen  
schlug unter vernichtendes Sperr- und Abwehrfeuer und riß  
breite, blutige Lücken in die Reihen der Angreifer, während  
von unangählichen Punkten aus deutsche Maschinengewehre die  
Sturmkolonnen niederhämmereten.

Bei ununterbrochener heftigster Artilleriewirkung warf der  
Gegner rücksichtslos immer neue Reserven in den Kampf und  
ließ sie wiederholt ohne Kräfteerschöpfung, an einzelnen Stellen  
bis zu sechsmal, gegen unsere Stellungen anrennen. Den  
ganzen Tag über, bis tief in die Nacht dauerte der erbitterte  
Kampf. Durch wuchtige Gegenstöße und in heißen Nach-  
kämpfen wurden die anstürmenden feindlichen Massen in der  
Linie von Poelkapelle, wie üblich von Gheluwelt restlos abge-  
schlagen. Bei wiederholten vergeblichen Angriffen gegen diese  
13 Kilometer breite Front erlitt der Gegner allerhöchste  
Verluste.

Nur zwischen Draabank und Poelkapelle gewann die  
Übermacht des anstürmenden Feindes unter gewaltigen Opfern  
in etwa 1500 Meter Tiefe in dem zertrümmerten Richter-  
gelände Boden. Hier verhinderte ein sofort einziehender Ge-  
genstoß jede Erweiterung des feindlichen Anfangserfolges. Erst  
spät nachts flaute das feindliche Feuer um ein Geringes ab  
und blieb dann auch als heftiges Störungsfeuer auf der ganzen  
Kampfbahn liegen.

Auch dieser neue Großkampftag der englischen und  
französischen Massen endete mit einem völligen  
Mißerfolg und bewies wiederum, wie in den vor-  
hergegangenen neun Großkampftagen an der Flandern-Front,  
daß auch der stärkste Einzug und die größte Über-  
legenheit an Menschen und Material nichts  
gegen die Widerstandskraft der heldenhaften  
deutschen Flandern-Armee vermögen. Allen  
zehn Angriffen an der Flandern-Front blieb jeder strategische  
Erfolg verjagt. Die Zermürbungsaktive der Entente trifft  
die Engländer und Franzosen schwerer auf eigenen Leibe als  
die Deutschen.

Am Abend desselben Tages steigerte sich auch an der  
Nisne-Front das feindliche Feuer zu großer Stärke  
gegen unsere Stellungen von Le Motte bis zum Fort Ma-  
mation, worauf ein starker französischer Vorstoß mehrerer Kom-  
pagnien gegen unsere Linien vorbrach. Unter blutigen Ver-  
lusten wurde der Feind größtenteils im Maschinengewehr- und  
Handgranatenfeuer, an einzelnen Stellen durch Gegenstoß, rest-  
los abgewiesen.

In Mesodonien scheiterte nach heftiger Artillerievor-  
bereitung ein englischer Tealangriff gegen die bulgarischen Stel-  
lungen südlich von Doiran.

### Die Seeresberichte.

Wien, 10. Oktober, abends. (Amlich.) In Flandern wechselnd starke Feuerstätigkeit. Am Schaumbalbe und östlich der Maas für uns erfolgreiche Infanteriekämpfe. Im Osten nichts von Bedeutung.

## Frankreich und Belgien.

### Der französische Sozialistenkongress.

Der Sozialistenkongress nahm den Mehrheitsantrag mit 1552 Stimmen an. Der Minderheitsantrag erhielt 881 Stimmen, derselbe Antrag mit dem Zusatz gegen Kriegskredite 118 Stimmen bei 85 Stimmenthaltungen.

## Rußland.

### Nikolaus,

der Zar a. D., hat in einem Handbrieff an seinen früheren Kollegen, den König von England, diesen erjucht, er möge doch zu seinen Gunsten interponieren, damit er mit seiner Familie entweder nach London abreißen oder doch wenigstens nach der Krim gehen dürfe. Er hat Angst vor dem sibirischen Winter, unter dem so viele der Beiden und Edelsten seines Volkes geschmacht haben. Jetzt, wo er dieses Schicksal zu einem Teil am eigenen Leibe verspüren soll, beisteht er um Befreiung aus Sibiriens Ketten. Er, der so manches Geisuch um Erleichterung der durch seine Schergen verurichteten Qualen kaltblütig abgelehnt hat, hofft jetzt auf Gewährung seiner Bitte und hat dann den Wunsch, bei genehmigter Abreise ins Ausland nicht durch Frankreich reisen zu müssen, da ihm der Boden dort zu heiß ist. Man muß schon sagen, daß der frühere Herrscher von Gottes Gnaden sich jetzt eher wie eine feige Memme, denn als Mann benimmt.

### Der Eisenbahnerstreik

ist beendet, da ein Regierungsdekret erwartet wird, in dem die Hauptforderungen bewilligt werden.

### Die Zusammensetzung des finnischen Landtages.

Nach dem vorläufigen Wahlergebnis wird sich der neue Landtag aus 95 Sozialdemokraten, 65 Mitgliedern des bürgerlichen Blocks, 22 Mitgliedern der agrarischen und 18 der schwedischen Partei zusammensetzen. Die Sozialisten erhielten insgesamt 316 922, die Bürgerlichen 213 502 Stimmen.

### Russische Grenel an wehrlosen Gefangenen.

Laut „Reich“ vom 2/15. September brannte ein großer Teil der Stadt Pelschow, 60 Werst von Kasan, ab. Das Feuer ging von einem Hause aus, in welchem etwa 100 österreichische Kriegsgefangene untergebracht waren. Den Flammen konnte kein Einhalt geboten werden. Ein beginnender Sturm warf Funken auf einen anderen Teil der Stadt. Jemand bringt das Gerücht auf, die gefangenen Österreicher zündeten die Stadt an, und die vor Schreck sinnlose Menge wirft sich auf die Wehrlosen. Auf den brennenden Straßen geht eine Jagd los, auf Wiesel und in allen denkbaren Verstecken wird gesucht und verfolgt. Wenn man ergreift, wird mit Kolben, Bajonett, Säbeln, Holzschellen und Steinen tierisch niedergemacht. Ein großer Teil, darunter auch deutsche Gefangene, wurden buchstäblich in Stücke gerissen. Mitz und Militär halfen die Frauen schänden und verstümmeln die Körper. Nachts hörte der Brand auf, und am andern Tage wird die wahnsinnige Verfolgung fortgesetzt und der Rest der Gefangenen ermordet. — Raum glaublich!

## Italien.

### Die Zustände in Italien.

Ueber die Zustände in Italien entnehmen wir einem Privatbrief aus Triest vom 29. September folgendes: In Italien steht man gelinde gesagt, vor dem Systemwechsel à la russe. Zur Einleitung haben sie dem Turiner Hauptbahnhof in die Luft gesprengt und die umliegenden Hotels angezündet, ausgenommen eines einzigen, in dem Giolitti wohnt. Im Hafen von Genua werden Schiffe angezündet usw. Die Desertionen sind überhaupt nicht mehr zu zählen. Im Gebirge sollen sich zirka 100 000 Mann verschanzt haben. Die Truppen werden waffenlos an die Front transportiert. Für den Herbst steht wohl noch allerlei zu erwarten, das ich nicht schreiben mag.

## Der Seetrieg.

### Vom Hilfskreuzer „Seeadler“.

„Daily Mail“ berichtet aus Sydney: Der Hilfskreuzer „Seeadler“ hatte ungefähr 4000 Tonnen. Er versick, als norwegisches Holzschiff vermunnt, Deutschland. Die Bretter waren an Deck so aufgeschüttelt, daß innerhalb der Breiterwand Raum für die Mannschaft übrig blieb. Ein Torpedojäger hielt „Seeadler“ an, ließ ihn aber, da die Schiffspläne in Ordnung waren, passieren. Als der Hilfskreuzer den südlichen Teil des atlantischen Ozeans erreichte, wurde das Holz über Bord geworfen und mit den Operationen begonnen. Die Befragung erklärt, daß sie in kurzer Zeit Schiffe im Werte von acht Millionen Pfund zum Sinken gebracht hat. „Seeadler“ kam bis in die Nähe von Australien und fing dort ein Schiff ab, das mit Steinkohlen nach Honolulu unterwegs war. Nachdem der Hilfskreuzer acht Monate auf See gewesen war, war der Schiffskörper so reinigungsbedürftig geworden, daß der Kapitän das Schiff in der Bucht der Mopeha-Insel auflaufen ließ. Die Reinigungsarbeiten machten gute Fortschritte, als eine Springflut den Hilfskreuzer ergriff und tief in den Korallenfand schleuderte.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Ferns Bruch mit Deutschland.

Aus Berlin wird gemeldet: Der peruanische Gesandte übergab dem Auswärtigen Amt eine Note, in der der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Perus zum Deutschen Reich mitgeteilt wird. Gleichzeitig bat der Gesandte um die Pässe.

### Der Zweck des Bruchs

Die Regierung von Uruguay ersuchte das Parlament um Genehmigung zur Verwendung der in den uruguayischen Häfen internierten deutschen Dampfer.

## Der amtliche Kriegsbericht.

WZB. Großes Hauptquartier, 11. Okt. (Amlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

### Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Im flandrischen Küstenabschnitt und zwischen Blankart-See und Poellapelle steigerte sich der Artilleriekampf nachmittags zu großer Stärke. Bei Draibant griffen die Franzosen erneut an, ohne einen Erfolg zu erzielen.

In den Kampffeldern von von Nper an war das Feuer wieder sehr heftig. Die Engländer griffen nicht an.

Bei einer abends sich über Zonnebete-Zandvoorde entwickelnden Luftschlacht, an der rund 80 Flugzeuge beteiligt waren, wurden 3 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

### Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Ostufer der Maas entziffen niederheinische und westfälische Bataillone nach wirkungsvoller Feuerzubereitung den Franzosen durch kraftvollen Sturm wichtiges Gelände im Schaumbalbe. Der Feind führte vier kräftige Gegenangriffe, die sämtlich verlustreich scheiterten. Mehr als 100 Gefangene und einige Maschinengewehre fielen in unsere Hand.

Auch südwestlich von Beaumont und bei Bezonvaux hatten eigene Vorstöße in die französischen Linien vollen Erfolg.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Das an mehreren Stellen der Front lebhafteste Störungsfeuer verstärkte sich zeitweilig in der rumänischen Ebene und bei Braila, das von den Russen beschossen wurde. Zur Verstärkung nahmen unsere Batterien Galax unter Feuer, wo Brände ausbrachen.

### Mazedonische Front.

Lebhafte Artillerietätigkeit in der Enge zwischen Dziriba- und Prespa-See, im Cernabogen und zwischen Warbar- und Dzirana-See. Mehrfach vorstoßende Erkundungsabteilungen der Gegner wurden vertrieben.

Im September beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 22 Fesselballons und 374 Flugzeuge, von denen 167 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgeschlachtet sind. Wir haben im Kampfe 82 Flugzeuge und 5 Fesselballons verloren.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

### Die Vertagung des Reichstages

soll sich nach einem Beschlusse des Seniorenkongress bis zum 5. Dezember erstrecken. Heute dürfte wohl die Vertagung eintreten.

### Zur Zeichen der Wehrloshheit.

Die Korrespondenz Hoffmann veröffentlicht die von der bayerischen Staatsbahnenverwaltung im Einklang mit den übrigen deutschen Staatsbahnen beschlossenen Tarifierhöhungen bei Eil- und Schnellzügen sowie bei dem Personenzugverkehr Sonntags nachmittags. Die Zuschläge betragen 60 bis 100 Prozent, je nach der Höhe des Grundfahrpreises.

Mit solcher enormen Verteuerung des Reisens wird man nur das Wiederaufblühen des Verkehrs hindern und der ärmeren Bevölkerung die Lebensfreude vergällen. Die Kriegsgewinner dagegen werden geschont und können künftig um so ungenierter ihre Vergnügungsfahrten ausführen. Was es auch kostet, sie haben es ja dazu!

## Zum Kapitel: Demokratisierung.

„Der Gedanke der Demokratie ist auf dem Marsche. Die Blutopfer des Krieges haben die Notwendigkeit der Demokratie zu deutlich bewiesen, als daß ein Zweifel an dem Willen des Volkes, sie durch Zusammenfassung seiner Kraft durchzuführen, aufkommen könnte.“

Dieser Schlusssatz des Völkerversammlungsreferates kann gewiß nicht als Phrase bezeichnet werden. Er trifft zweifellos das Richtige. Auch sonst kann man sich mit den Ausführungen des Genossen Landsberg einverstanden erklären. Nur vermisse ich noch einige bestimmte präzisere Forderungen. Es scheint aber unbedingt nötig, daß die Erörterung über die parlamentarische Regierung aus dem Zustand nebelhafter Wünsche herausgebracht wird. Erst hierdurch wird der ganze Komplex von Fragen diskutierbar.

Das parlamentarische Regierungssystem kann auf sehr verschiedene Weise ausgebaut werden. In England gibt z. B. die Mehrheitspartei ihre ganze Macht aus der Hand und legt eine Oligarchie ein, die über Mehrheit und Minderheit hinwegtritt und die Politik in ihre eigenen, oft recht arbiträren Bahnen lenkt und darin festlegt.

In Frankreich regiert, um es kurz zu sagen, die Mehrheit immerhalb der Mehrheit, also eine Minderheit. In beiden Ländern herrscht die Tendenz vor, alle ins einzelne gehende Verwaltungstragen usw. hinter den augenfälligen großen Tagesfragen zurückzustellen, da letztere die Aufmerksamkeit der Bevölkerung mehr in Anspruch nehmen. Aus dem Grunde verwarf Genosse Heilmann in seinem Artikel über „Klasseninteresse und Abolatenwirtschaft“ dieses System und forderte, wir sollten uns ausschließlich auf die Sozialisierung der Wirtschaft beschränken.

Es ist ja auch fraglich, ob wir gleich auf einen Hieb alle Widerstände gegen die Parlamentsregierung brechen können. Die bundesstaatlichen Verhältnisse des deutschen Reiches sprechen da auch noch mit. Trotzdem ist das parlamentarische System auch bei der Struktur unserer Reichsregierung möglich. Genosse Landsberg hat in seinem Referat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Art, wie bisher in Preußen-Deutschland Staatsmänner in die Höhe kommen — der letzte Kanzlerwechsel hat das gezeigt — unhaltbar ist.

Aus dem Grunde sollten wir vorschlagen: Mitwirkung des Reichstages bei der Wahl des Kanzlers. Auch Genosse Heilmann fordert, daß vor der Berufung eines neuen Kanzlers die Parteiführer gefragt werden sollen. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages wäre es allerdings nicht wünschenswert, als Kanzler einen entschiedenen Parteimann zu haben. Vor allem fällt dabei ins Gewicht, daß zurzeit keine der vorhandenen Parteien Mehrheitspartei ist. Anders wäre es freilich, wenn der Mehrheitsblock des Reichstages in seiner heutigen Form bestehen bliebe, die Mehrheitspartei sich auf einen geeigneten Mann einigten. Es würde sich dann natürlich um einen Mann mittlerer oder gemäßigter Richtung handeln. Wenn parlamentarische System noch nicht mit allen Konsequenzen

durchgeführt werden kann, so könnte die Krone mehrtwegen bei einem Kanzlerwechsel das Zünglein an der Waage bilden. Sie könnte ihn wählen. Aber sie müßte verpflichtet sein, den neuen Mann den Mehrheitspartei zu entnehmen. Diese hätten sich vor einem Kanzlerwechsel stets als solche zu konstituieren, was ein sehr interessantes neues Moment im politischen Leben abgeben und doch ganz aus den Erfahrungen der Gegenwart und Wirklichkeit abgeleitet wäre.

Vom demokratischen Standpunkte aus sind das freilich nur Kompromisse, aber man bekommt jetzt doch so leicht nicht mehr als mit einem Kompromiß durch. Sodann liegt es auch im Interesse unserer Partei, sich vor der Herrschaft eines Mannes zu sichern, der ausgeprägter Anhänger einer extrem gegnerischen Partei ist, solange wir nicht selbst die Chance haben, zugleich Mehrheit und Macht zu sein.

Das demokratische Ideal bleibt natürlich das Recht, aktiv und passiv den Reichskanzler zu stellen. Nur die Heilmannschen Bedenken bleiben dagegen bestehen, daß es eben nicht nur Politiker, sondern auch ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, ein Organistator sein müßte.

Natürlich muß auch die Entlassung des Kanzlers möglich sein. Aber es ist einer Demokratie unwürdig, so zu verfahren, wie bei der Entlassung Bethmann-Hollwegs. In allererster Linie sollte dafür ein Mißtrauensvotum durch den Reichstag maßgebend sein. Undenfalls würde die Ministerverantwortlichkeit nur auf dem Papier stehen.

Eine zweite wichtige Forderung, die einen Fortschritt der Demokratie bedeuten würde, wäre der Vorschlag, der Reichstag erhält das Initiativrecht (Eindringung von Gesetzen).

Weiter sollten wir als drittes fordern: Die Sitzungen des Bundesrats hören auf, geheim zu sein, wodurch der Zusammenhang zwischen Reich und Einzelstaaten klarer und stärker wird und der Einzelstaat und seine Wähler größeren Einfluß auf das Geschehen im Reich gewinnen. Als minder guter Ersatz hierfür könnte von einem Zukunftsabend des Bundesrats mit einem Stimmveranschlag oder dergleichen des Reichstages gesprochen werden. Es dürfte nichts schaden, wenn die Reichstagsabgeordneten ihre Stimme im Bundesrat geltend machen können.

Die Hauptforderung der Demokratie muß natürlich das allgemeine gleiche Wahlrecht in allen Bundesstaaten bleiben. In Preußen ist sie der Erfüllung nahe. Der Widerstand der Junker muß und wird gebrochen werden. Nicht so glatt dürfte die Beilegung des Klassenwahlrechts in verschiedenen anderen Bundesstaaten vor sich gehen. In Sachsen hat man die Wahlrechtsänderung bereits abgelehnt. In den Hansestädten sind zwar gemeinsame Kommissionen eingesetzt, die mit der Vorbereitung der Wahlrechtsänderung betraut wurden, doch hat sich erst Hamburg im Prinzip für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen, während es in Lübeck abgelehnt wurde. Auch das Frauenwahlrecht wird dort wohl kaum eine Mehrheit finden. In anderen Bundesstaaten wie Sachsen-Altenburg, den beiden Reuß usw. hat man überhaupt noch nichts unternommen. Und in Mecklenburg sind bekanntlich die Versuche der Großherzöge, eine Verfassungsänderung durchzuführen, noch immer von der Ritterschaft scharf juristisch überwacht worden. Hier wird sicher erst durch die Reichsgesetzgebung Wandel geschaffen werden können.

Auch bezüglich der Erwerbung der Staatsangehörigkeit müssen in den einzelnen Bundesstaaten bei den Verfassungsänderungen unsere Genossen Erleichterungen durchzuführen suchen. Ein unüberbrochener Aufenthalt und eine Steuerleistung von fünf Jahren, wie sie heute noch in den Hansestädten verlangt werden, ist nicht mehr zeitgemäß.

Ferner muß die Naturalisation von Ausländern, besonders wenn diese in Deutschland geboren sind und nie außerhalb Deutschlands gewohnt haben, sehr erleichtert werden. Die Tatsache, daß Abstammlinge von feindlichen Ausländern, die der Sprache ihrer Väter gar nicht mächtig sind, sondern nie anders als deutsch gesprochen und gefühlt haben, während des Krieges interniert wurden, muß als einer Demokratie unwürdig verworfen werden. Auch in Deutschland geborenen sogenannten Staatenlosen, die, um endlich Deutsche zu werden, freiwillig an den Fronten ihr Leben für Deutschland einsetzen, sind — trotz Reichstagsbeschlusses und Bundesratsverordnung — immer noch Schwierigkeiten bei der Naturalisation in den Weg gelegt worden. Das sollte nicht mehr geschehen.

Hoffentlich tragen die Würzburger Verhandlungen dazu bei, einen großen Teil der Hindernisse, die sich dem Fortschritt der Demokratisierung entgegenstellen, aus dem Wege zu räumen.

wb.

## Die Entlohnung der Frau.

Die von altersher geübte Gewohnheit, die Hausarbeit als da ureigenste Gebiet der Frau zu betrachten und diese Arbeit, da sie lediglich eine erhaltende ist, als nicht vollwertig, nicht des Lohnes wert anzusehen, hat dazu geführt, allem, was von Frauenhänden auch außerhalb des Hauses geschaffen wird, den Stempel der Minderwertigkeit aufzudrücken.

Trotzdem unter dem Zwange der Kriegsnot die Berufsarbeit für jede nur irgend aus dem Hause abkömmliche Frau als vaterländische Pflicht bezeichnet wird, die Frauen auch in Berufe gedrängt werden, die früher ausschließlich den Männern vorbehalten waren, wo sie sich auch als tüchtig und brauchbar erweisen haben, steht die Entlohnung selten im Verhältnis zu der geleisteten Arbeit.

Das alte Vorurteil des geringeren Wertes der Frauenarbeit, die Annahme, daß es sich für die Frauen und Mädchen nicht um die Erwerbung ihres ganzen Lebensunterhalts, ja oftmals nur um einen Nebenverdienst handle, wirft seine Schatten auch in die heutige Zeit.

Viele Menschen glaubten vor dem Krieg, daß die Mehrzahl der arbeitenden Frauen ledig seien. Diese Annahme war irrig, das haben die Berufszählungen in Deutschland bewiesen. Bei der Zählung im Jahre 1895 waren noch 57,68 Prozent der arbeitenden Frauen unverheiratet, bei der Zählung im Jahre 1907 waren es nur noch 50,22 Prozent; 29,40 Prozent aller erwerbstätigen Frauen waren verheiratet, die übrigen waren verwitwet oder geschieden. Nur noch die Hälfte der weiblichen Arbeiterschaft war im Jahre 1907 ledig. Wie viele aber auch von diesen Frauen, trotzdem sie ledig waren, für Angehörige, für Eltern, Geschwister oder Kinder zu sorgen hatten, das wurde bei diesen Berufszählungen nicht festgestellt. Wie aber haben sich in den 20 Jahren, die seit der letzten Zählung vergangen sind, die Verhältnisse geändert? Was haben vor allen Dingen die letzten drei juchbaren Jahre für Wandel geschaffen? Wir wissen noch nicht, wann endlich die Schreden des Krieges ein Ende nehmen werden, das aber wissen wir heute schon, daß über 1½ Millionen gesunder, schaffenskräftiger Männer durch Tod und dauerndes Siechtum nicht mehr als Ernährer einer Familie in Frage kommen. An die Stelle dieser 1½ Millionen Männer müssen notwendiger Frauen treten, die an Stelle der Männer für sich, für ihre Kinder, für hilflose alte Mütter und Väter zu sorgen haben. Als Maßstab für den Verdienst dieser Frauen dürfen die früheren Begriffe nicht mehr gelten. Hier muß Wandel geschaffen werden! Jede Arbeit muß nach ihrem eigentlichen Wert bezahlt werden, ganz gleich, ob sie von Männern oder von Frauen verrichtet wird.

Wahl sind während der Kriegszeit, wie alle anderen Preise, auch die Frauenlöhne in die Höhe gegangen. Eine Erhebung, die das kaiserlich statistische Amt angestellt hat über die Veränderung des durchschnittlichen Tagelohnes während des Krieges, hat nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten sogar den Nachweis erbracht, daß die Steigerung des Durchschnittslohnes der Frau verhältnismäßig höher war wie die des Mannes. Der männliche Durchschnittslohn stieg nach diesen Angaben, nachdem er von März bis September 1914 von 5,17 Mk. auf 5,12 Mk. zurückgegangen war, von September 1914 bis September 1916 auf 7,55 Mk. Das ist eine Steigerung von 46 Prozent. Der weibliche Durchschnittslohn erlitt von März bis September 1914 eine bei weitem

größere Sentung wie der männliche, er ging von 2,29 Mk. auf 1,94 Mk. zurück. Dann aber zeigen die Löhne eine ununterbrochene Steigerung bis auf 3,33 Mk. im September 1916. Die Steigerung während des ganzen Zeitraumes betrug also hier 51,1 Prozent, das sind 8,1 Prozent mehr wie beim männlichen Durchschnittslohn. Trotzdem betrug der weibliche Durchschnittslohn im September 1916 noch nicht die Hälfte dessen, was der Mann durchschnittlich verdiente. Daß die große Mehrzahl der Frauen aber bei der heutigen Entwertung des Geldes tatsächlich mit noch weit niedrigeren Löhnen auskommen muß, das beweisen die Lohnstatistiken der Ortskrankenkassen von Berlin und Leipzig. Von den bei der Ortskrankenkasse Berlin versicherten Frauen hatten im Dezember 1916 nur 16,7 Prozent einen Verdienst von mehr als 3,15 Mk., 25,3 Prozent der Frauen hatten ein Einkommen von 2,16 bis 3,15 Mk. pro Tag und 58 Prozent erreichten den Tagelohn von 2,16 Mk. noch nicht. Ähnlich waren die Verhältnisse in Leipzig. War es in normalen Zeiten schon für die Frauen schwer, mit einem solchen Lohn sich selbst durchs Leben zu bringen, Kinder zu erziehen und gebrechliche Eltern zu unterstützen, so ist es unter den jetzigen Verhältnissen einfach zur Unmöglichkeit geworden. Nur die Ausnahme, daß es sich bei den am niedrigsten entlohnten Frauen um Kriegerfrauen handelt, denen noch eine Kriegsunterstützung zur Verfügung steht, mildert etwas das Entsetzen, das jeden fühlenden Menschen bei der Vorstellung paden muß, daß 58 Prozent der Berliner Arbeiterinnen noch nicht einen Wochenverdienst von 13 Mk. haben.

Bedarf es da noch vieler Worte, um nachzuweisen, daß es so nicht weiter gehen kann, daß hier etwas geschehen muß, um aus dieser Not herauszukommen? Die Frauen sind nicht machtlos den Verhältnissen gegenüber. Auch ihnen ist eine Waffe gegeben, jedoch gebrauchen sie diese leider viel zu wenig. Diese Waffe ist der Zusammenhalt. Auf demselben Wege, auf dem es den Arbeitern möglich war, die Arbeitsverhältnisse zu verbessern, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Löhne zu erhöhen, werden auch die Frauen vorwärts kommen, wenn sie selbst wollen. So wie die Frauen heute mit den Männern und an Stelle der Männer den Kampf um die Existenz aufgenommen haben, so müssen sie auch gemeinsam mit ihnen und da, wo es an Männern fehlt, an ihrer Stelle den Kampf führen, der ihnen zu menschenwürdigen Löhnen und damit zu besseren Existenzbedingungen verhelfen soll. Der Gedanke von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation findet leider allzuwenig Eingang bei den Frauen. Trotz der ständigen Zunahme der weiblichen Erwerbstätigen, hat die Zahl der weiblichen Mitglieder in den gewerkschaftlichen Organisationen nur eine geringe Zunahme, in der sozialdemokratischen Partei eine Abnahme aufzuweisen. Schwer nur finden die Frauen den Weg, der zu menschenwürdigen Existenzbedingungen und zur geistigen Freiheit der ganzen Arbeiterklasse führt. Die Frauen müssen sich neben der gewerkschaftlichen auch der politischen Organisation anschließen. Das Koalitionsrecht, das Recht, sich zusammenschließen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird heute noch einem großen Teil der weiblichen Arbeiterschaft vorenthalten. Dadurch, daß die Frauen sich den politischen Organisationen anschließen, daß sie Einfluß auf die Politik zu gewinnen suchen, würde es eher möglich sein, nicht nur das Koalitionsrecht auch auf die Dienstboten und die Landarbeiterinnen auszuweiten, sondern auch die Frauenarbeit von allen den Schäden zu befreien, die ihr heute noch in so reichem Maße anhaften. Nicht darum kann es sich für uns handeln, die Frauenarbeit zu befechtigen — das hieße sich der Entwicklung in den Weg stellen, die einfach über uns hinwegschritte —, wir müssen die Bedingungen, unter denen die Frauen arbeiten, so gestalten, daß jeder arbeitende Frau eine ausreichende Entlohnung gesichert wird, damit die Arbeit der Frau nicht auf die Dauer eine Last sei, sondern zu einer Quelle der Freude werde, die sie unabhängig und selbständig macht, die ihren Geschäftskreis weitet und es ihr ermöglicht, bei den großen Zukunftstragen der Menschheit mitzutragen und mitzutragen zu können. An dieser Arbeit wird sich jede einzelne Frau betätigen. Sine in die politische Organisation, werdet Weierin der Frauenzeitung, unserer „Gleichheit“.

Marie Friedrich.

in der Volkstraft ihrer Jahre, das voraussetzliche Ausbleiben zahlreicher ausländischer Arbeitskräfte, mit denen das deutsche Wirtschaftsleben vor dem Kriege rechnen konnte, und während des Krieges rechnen kann, zwingen insbesondere dazu, auch die Kriegsverletzten in unserm Wirtschaftsleben nach Möglichkeit als schaffende Kräfte zu erhalten. Nicht minder ist es eine für unser Volksleben bedeutsame soziale Aufgabe, das Riesenheer der Kriegsverletzten vor dem sozialen Herabstürzen zu bewahren, ihm befriedigende Arbeits- und Lebensverhältnisse zu sichern und sie auf diese Weise unserer sozialen Gemeinschaft zu erhalten. Des weiteren hebt der Bericht hervor, daß es insbesondere Aufgabe des Ausschusses ist, in Ergänzung der militärischen Heilfürsorge, in Ergänzung auch der durch das Reichsgesetz geregelten Rentenversorgung, Fürsorge insbesondere für die Kriegsverletzten zu üben, welche infolge ihrer im Kriegsdienst erlittenen Verwundung oder Erkrankung mit ihrer Entlassung vom Militär zu rechnen hatten, oder welche bereits aus solchen Gründen aus dem Heeresdienst entlassen waren.

Der sachliche Umfang der Fürsorge entwickelte sich allmählich aus den Bedürfnissen und Erfahrungen heraus, die zu Anfang des Krieges noch vollkommen fehlten. Berufsberatung und Stellenvermittlung, Berufsvorbereitung durch Gewährung von Unterricht in Theorie und Praxis, Auszubereitungen und Rechtsberatung, Beschäftigung der Kriegsverletzten, während sie noch beim Militär waren und nach der Entlassung, Fürsorge für weitere Genesung im Anschluß an die militärische Heilfürsorge, soweit es dessen überhaupt noch bedurfte, Gewährung von Unterstützungen nach der Entlassung vom Militär in Fällen, in denen Rentenversorgung und Arbeitsverdienst nicht ausreichten, Familienfürsorge, Hermitätenbeschaffung, Landansiedlung und Beratung in Sachen der Kapitalabfindung von Renten auf Grund des Kapitalabfindungsgesetzes und schließlich auch Aufklärung der Bevölkerung über die Wege und Ziele der Kriegsverletztenfürsorge waren die Aufgaben, die zunächst in Erscheinung traten oder sich allmählich eine aus der anderen entwickelten. Fast umgrenzt ist der sachliche Aufgabekreis des Landes-Ausschusses auch heute noch nicht; sein Betreiben ist es, den Kriegsverletzten jede nur mögliche Hilfe zu vermitteln oder selbst zu gewähren, deren sie zur Überwindung der Folgen ihrer Kriegserwundung neben den Maßnahmen des Reiches, der Militärverwaltung und der sozialen Verbesserung bedürfen.

Die Haupttätigkeitsgebiete, die im einzelnen sehr anschaulich in dem Bericht dargestellt sind, sind folgende vier, die allmählich während seiner Entwicklung in den Vordergrund getreten sind: Die Erwerbs- und Berufsfürsorge, welche die Berufsberatung und die Arbeitsvermittlung als Hauptgebiet umfaßt, die Heilfürsorge, die Fürsorge durch Unterstützung an die Verletzten und ihre Familien, sowie schließlich die Fürsorge für Ansiedlung. Der Landes-Ausschuß steht also sowohl nach dem Umfang der Fürsorge wie nach der Zahl der Verletzten vor einem weiten Aufgabekreis, für dessen järgemäße Bearbeitung es der verständnisvollen Mitarbeit fast aller Berufskreise und einer ausgiebigen Unterstützung mit Geldmitteln bedurfte. Abgesehen davon, daß dem Landes-Ausschuß aus Reichsmitteln 9979 Mk., aus staatlichen Mitteln 3000 Mk., sowie von einigen anderen Körperschaften namhafte Beiträge zur Verfügung gestellt waren, sind die sonstigen Mittel des Landes-Ausschusses aus freiwilligen Beiträgen zusammengelassen, die in Gesamthöhe von 140 658,72 Mk. gependelt worden sind, jedoch die Gesamteinnahme bis 1. September 1917 176 414,25 Mk. betrug.

Die Geschäfte des Landes-Ausschusses werden von der unter Leitung von Rat Dr. Link stehenden Geschäftsstelle besorgt. Dieser stehen vor allem die Berufsberater zur Seite, deren Aufgabe es insbesondere ist, die nach in den Lazaretten befindlichen Kriegsverletzten wieder der geregelten Arbeit zuzuführen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, wenn es sich darum handelt, sie wieder in das Erwerbsleben einzuführen. Um die Kriegsverletzten mit den Einrichtungen des Landes-Ausschusses bekannt zu machen, wird die gleich nach Gründung des Landes-Ausschusses eingerichtete „Lübeckische Lazarett-Zeitung“ hierüber zu belehren, fucht ihnen auch ferner in Leitartikeln Trost und Mut zuzusprechen, bringt Lebensgeschichten Kriegsverwundeter, führt die Kriegsverletzten über ihre Ansprüche auf militärische und andere Versorgungsgebühren und Anordnungen auf und unterrichtet sie über ihre Zustände in den verschiedensten Betrieben, fucht sie der Untätigkeit durch Preisaufgaben sowie durch Hinweise auf gute Lebensmittel zu entziehen, dient der Arbeitsvermittlung durch einen Abdruck „Offene Stellen“ und macht die Leser in „den Bildern aus Lübeck“ mit den Schönheiten unserer Stadt bekannt. Das vorerwähnte Werkchen, das mit lehrreichen Bildern, die einen Einblick in die Arbeit der Kriegsverletztenfürsorge und ihre Erfolge geben, ausgestattet ist, wird an alle Interessenten von der Geschäftsstelle des Landes-Ausschusses, Parade 1, Zimmer 5, zum Breiße von 1,- Mk. abgegeben.

**Stadttheater.** In der heutigen „Lohengrin“-Vorstellung wird für das erkrankte Fel. Eijßl Hr. Gerrud Steinweg, die ihrer Zeit zu den bestbekanntesten Mitgliedern des Stadttheaters zählte, die Partie der „Elia“ singen.

**Hamburg.** Beraubte Postpakete. Wegen Amtsunterdrückung und Unterdrückung von Postpaketen waren 24 Personen vor dem Landgericht Hamburg angeklagt. Außer einem Postboten und einem 68jährigen pensionierten Postsekretär sind die Angeklagten während der Kriegszeit beschäftigte Postauswechsler

und -helferinnen. In der Anklage handelte es sich um folgendes: Auf dem Postamt 7 verschwanden aus Sendungen, deren Verpackung beschädigt war und die neu verpackt werden mußten, vielfach Schwären, aber auch Stiefel, Kleidungsstücke und andere Gegenstände. Die Entwendungen konnten nur in dem Raum vorgenommen worden sein, wo die Neuverpackung der Sendungen erfolgte. Ende März gelang es, den Postboten und einige der Auswechsler derartiger Entwendungen zu überführen; sie wurden in Haft genommen. Die weitere Untersuchung führte dann auch zu dem Verdacht gegen eine Reihe anderer Auswechsler. In der letzten Verhandlung waren die Angeklagten, mit Ausnahme des pensionierten Postsekretärs, im wesentlichen geständig. Drei der Angeklagten behaupteten allerdings, daß sie wegen der von ihnen begangenen Entwendungen bereits vom Schöffengericht verurteilt wären. Gegen diese drei Angeklagten wurde das Verfahren eingestellt. Im übrigen wurden der Postbote zu acht Monaten Gefängnis, die übrigen Angeklagten, mit Ausnahme des pensionierten Postsekretärs, der freigesprochen wurde, zu Gefängnisstrafen von einem Tag bis drei Monaten verurteilt. — Ein Mörder, der sich selbst stellt. Am 30. September d. J. wurde der Forstverwalter Hahn aus Entendorf ermordet aufgefunden. Der Mörder hat 3500 Mk. Forstfängengelder geraubt, nachdem er sein Opfer in den Wald gelockt und erschossen hatte. Als Täter kommt ein Unteroffizier Kiesenberg, geboren am 23. Januar 1891 zu Leimbade, Kreis Plön, in Frage, der auch schriftlich von der Militärbehörde wegen Unterschlagung von 3400 Mk. gefügt wurde. Nun hat der Mörder sich gestern selbst in Altona, im Bezirksbureau II, gestellt. Von einem Hamburger Beamten verhört, bekreitet er entschieden, der Täter zu sein. Er gibt aber zu, gut mit dem Forstverwalter befreundet gewesen zu sein. Er will ihn am Sonnabend, 29. Septbr. zuletzt gesehen haben. Am 2. Oktober habe er Entendorf verlassen und sei nach Kiel zu seinen Eltern akrest, weil diese ihm geschrieben hatten, er solle kommen, da die Militärbehörde viel nach ihm frage. Er habe sich abmehelnd in Kiel, Hamburg und Mt-Rahlstedt aufgehalten. Weiteres muß die Untersuchung ergeben.

**Hamburg.** Eine Verzweilungstat führte die in Süfeld geborene, 35jährige Ehefrau Emma Marie Röhne vor das Schwurgericht. Am Morgen des 18. Februar wurde die Angeklagte in ihrer Wohnung bemußlos vorgefunden. Die beiden Söhne im Alter von 6 und 8 Jahren waren ebenfalls bemußlos, und der 7jährige Sohn an den Folgen einer Gasvergiftung gestorben. Die Besichtigung der Wohnung ergab, daß die Angeklagte die Ritzen der Eingangstür mit Papier verklebt, die Betten aus dem Schlafzimmer in die Küche gebracht und dann die Gasöhne geöffnet hatte, um sich und die Kinder zu töten. Die geänderte Angeklagte erklärt, sie sei bei einem Diebstahl in einem Warenhaus abgefaßt worden. Aus Angst vor Strafe und aus Neue habe sie beschlossen, mit ihren Kindern aus dem Leben zu gehen. Aus den Zeugenaussagen ergibt sich, daß die Angeklagte eine gute Mutter ihrer Kinder ist, und daß sie sich bis zu dem Diebstahl eines tabellosen Rufes erfreute. Nach kurzer Beratung verneinte die Geschworenen die Schuldfrage, worauf die Freisprechung der Angeklagten erfolgte.

**Hamburg.** Eine gewaltige Kundgebung für den Verständigungsfrieden und Volksfreiheit fand Mittwoch in dem Riesensaal von Sagebiel statt. Schon um 7 Uhr waren die Ordner der sozialdemokratischen Partei erschienen, um den Andrang zum Saale zu leiten. Aber Tausende strömten noch heran, als die Saaltüren längst geschlossen waren, so daß auch die Straße noch dichtgedrängt voll Menschen blieb. Redner waren die Genossen Müller (Berlin) vom Parteivorstand, Winnig (Hamburg) und das bekannte liberale Bürgerchaftsmitglied Dr. Weteren. Eine Resolution, die im Sinne der Ausführungen der Referenten gehalten war und sich auch scharf gegen das Treiben der sogenannten Vaterlandspartei wendete, wurde einstimmig angenommen.

**Altona.** Wegen die Heimeroberer und Vaterlandsparteiler nahm Dienstag eine überfüllte Versammlung, die von den Sozialdemokraten und Liberalen gemeinsam nach dem Kaiserhof einberufen war, Stellung. Nach Reden der Abgeordneten Waldstein (lib.) und Frohne (log.) wurde einstimmig eine Entschließung für den Verständigungsfrieden beschlossen.

**Aus Lübeck und den Nachbargebieten.**

Donnerstag, 11. Oktober. Kriegsverletztenfürsorge.

Der Bericht des Lübecker Landes-Ausschusses für Kriegsverletzte während der Zeit von Beginn seiner Tätigkeit 1. März 1915 bis 31. August 1917 — liegt im Druck fertig vor. Das hübsch ausgestattete, 94 Seiten starke Werkchen berichtet zunächst über die Einrichtung des Landes-Ausschusses. Er ist auf Anregung des Stadt- und Landamtes in der Sitzung des Senates vom 20. Februar 1915 von diesem zur Durchführung der Fürsorge für Kriegsverletzte im Anschluß an die militärische Heilfürsorge eingesetzt und sein Vorsitz Herrn Senator Dr. Vermehren übertragen worden. Der Bericht hebt hervor, daß die Kriegsverletztenfürsorge nicht nur eine Dankenspflicht, sondern auch gerade eine wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit ist, da dem wirtschaftlichen Leben jede nur irgend bemerkbare Arbeitskraft erhalten werden müsse. Die gesteigerten wirtschaftlichen Aufgaben während des Krieges und in der Zeit nach dem Kriege, das Ausbleiben so vieler Männer

**Neueste Nachrichten.**

Berlin, 10. Oktober. (Amtlich.) In allen Teilen des Mittelmeeres wurden den feindlichen Schiffsverkehr durch unsere U-Boote wieder schwere Verluste zugefügt. 12 Dampfer und 33 Segler mit zusammen über 46 000 Brutto-Registertonnen sind trotz des bereits stark verminderten Seeverkehrs versenkt worden. Darunter waren zwei Transporter, beide wahrscheinlich mit Truppen an Bord, ferner der englische Dampfer „Gibraltar“ (3804 T.) mit 5000 Tonnen Getreide nach Südfrankreich und der griechische Dampfer „Alkon“ (2464 T.) mit 3500 Tonnen Kohlen für Italien. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Zwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung, Verleger: F. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., Samstags in Lübeck.

**Deutscher Transportarbeiterverband**  
Ortsverwaltung Lübeck.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß als weitere Opfer des Weltkrieges die Kollegen  
**Johannes Gellenthien**  
Rudolf  
**Otto Bohnsack**  
Sanfter und  
**Friedrich Schmuck**  
Fabrikarbeiter,  
gelieben sind.  
Ehre ihrem Abenten!  
3222) Der Vorstand.

**Kolporteur**  
für den Buchhandel  
**Friedr. Meyer & Co.**

**Sparmetalle**  
und zwar 3084  
**Kupfer, Bronze, Rotguß, Messing, Antimon, Aluminium, Zinn und Zinnlegierungen, Aikblei u. Alzink**  
werden zur Erfüllung von Kriegslieferungen im Auftrage der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft  
**M. H. Lissauer & Co., Lübeck**  
Fernruf 103.

**20 3083**  
**Arbeiterinnen**  
für Konfektionsfabrik gefordert.  
**Deutschl. Arbeitsnachweis**  
Vorbereitung für Frauen und Mädchen, Neustädter 28.  
Verloren am Sonntag, 7. 10., eine gold. Damenuhr u. d. Schlüssel, Betrag 2. Der gold. Fingerring werden, die. etc. gute Belohnung.  
Schönwager 45, H. v. 1917. (3083)

**Alle Arbeiter**  
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei  
**Otto Albers**  
Markt 4. Kothmarkt 10.  
Nägel des Näh-Spara. Lübeck. (3083)

**Hansa-Theater.**  
Sonnabend, den 13. Okt., abends 7 1/4 Uhr  
**Beethoven-Abend.**  
**CONRAD ANSORGE.**  
Der Konzertflügel ist aus der Niederlage A. Friedr. Hausmann, Johannisstraße, 3089  
Kartenverkauf: Musikalienhandlung Robert, Breite Straße, Holstenhaus und an der Theaterkasse.

**Bilderleisten**  
einrahmungen 3087  
**Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35, Fernruf 2809.**  
**Ordentliche General-Versammlung der Sterbekasse „Fidelitas“**  
für Männer u. Frauen, Lübeck am Montag, d. 15. Oktober 1917 abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom letzten halben Jahre.  
2. Fortwands- u. Revisionswahl.  
3. Beiträge.  
4. Vereinskampfbekanntmachung.  
Der Vorstand. (3083)

**Schillers Werke**  
4 Bände 6.50 Mk.  
**Schiller (Prachtband)**  
4 Bände 8.50 Mk.  
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46

**Stadttheater.** 3086  
Donnerstag, den 11. Okt. 1917:  
Anfang 6 1/2 Uhr:  
Gastspiel von **Emmy Bettendorf** vom Hoftheater Schwerin:  
**Lohengrin.**  
Elsa . . . Emmy Bettendorf.  
Freitag, den 12. Oktober 1917:  
Anfang 7 Uhr  
**Der Barbier v. Sevilla**  
Sonnabend, 13. Oktober 1917:  
Anfang 7 Uhr:  
Gastspiel von Dr. **Günther Bobrik** vom Neuen Schauspielhaus Königsberg:  
**Iphigenie auf Tauris.**  
Von W. v. Goethe.  
Sonntag, den 14. Oktbr. 1917:  
Nachmittags 3 Uhr:  
Jeder Platz 60 Pfg., Garderobengebühr 10 Pfg.:  
**Der müde Theodor.**  
Schwank v. Neal und Ferner. Verlosung der Plätze Freitag u. Sonnabend abend von 7 1/2 b. 8 1/2 Uhr an der Theaterkasse.

**Hansa-Theater.**  
Heute abend 7 Uhr: (3088)  
**Die Königin der Luft.**  
Große Posse mit Gesang und Tanz v. Reimann u. Schwarz.

## Deutscher Reichstag.

Ruhe nach dem Sturm.

Die außenpolitische Debatte des Reichstages ging am Mittwoch noch weiter und man kann nicht sagen, daß sie irgendwelche Sensationen gebracht hätte. Ihr eifrigster Zuhörer war — der Kriegsmন্ত্রী, während Herr v. Kühlmann bei seinem Kollegen Czernin am Ballplatz in Wien über den Grafen Czernin wurde auch geredet, und insbesondere Graf Westarp machte kein Hehl daraus, wie unangenehm den Entscheidungspolitikern die letzte Rede des österreichisch-ungarischen Außenministers gewesen ist. Der Fortschrittler Hausmann untersuchte in einer langen Rede wieder einmal die Frage der Schuld am Kriege und an seiner Fortdauer. Er stützte sich dabei viel auf das als Broschüre erschienene Stockholmer Referat unseres Genossen Dr. David, dessen Wert als geschichtliche Arbeit auch Dr. Stresemann anerkannte. Die letzten Worte, die der unvergleichliche Saures — der französischen Regierung gesagt, und in denen er ihre schwere Verantwortung festgestellt hat, wenn sie nicht das verbündete Rußland zur Annahme des englischen Konferenzvorschlages zwingen. Schienen zahlreichen Mitgliedern des Reichstages noch unbekannt zu sein und machten daher großen Eindruck.

Dr. Stresemann ließ zwar einige anexionistische Untertöne mitklingen, wandte sich aber doch in seinen Schlussworten so entschieden gegen die Wiedereinführung der Unterscheidung zwischen guten Deutschen und „waterlandslosen Gejellen“, daß ihm lebhafter Beifall zuteil wurde. Vom Grafen Westarp hörte man, wie nicht anders zu erwarten war, eine Bismarckdagegen, daß der Reichstag auf die künftigen Friedensverhandlungen Einfluß zu nehmen versuche. Für die unabhängigen Sozialisten sprach Ledebour, der sich besonders gegen die Behauptung wandte, daß die russischen Ostprovinzen vollständig zu Deutschland gehörten, und er drohte, wenn die Regierungen nicht bald zum Frieden kämen, mit seiner Erziehung durch einen internationalen Massenstreik. Aus welchen Anzeichen Ledebour diese Gewissheit schöpft, ist uns nicht bekannt. Der Reichsparteiler Warmuth schloß sich Westarp an und Herr Hecksher von der Volkspartei schweigte in seltsamen Erinnerungen an den verachteten Block und seinen Herrn und Meister Bismarck, über dessen fatale Außenpolitik Herr Hausmann deutliche Worte gesprochen hatte. Gewissmaßen ist Herr Hecksher der Traub der fortgeschrittenen Reichstagsfraktion.

Damit war die Debatte, der Herr Dr. Michaelis nicht beigewohnt hatte, beendet. Im Laufe gehen Nachrichten um, die die Aussicht eröffnen, daß Eberts Wunsch nach Beseitigung des augenblicklichen Trägers des obersten Amtes im Reiche unmittelbar vor der Erfüllung steht.

Darauf begründete Genosse Robert Schmidt mit einer Ueberlieferung von Beweismaterial — also anders als tags zuvor die Herren Michaelis und v. Capelle — die Anklagen der Interpellation über die Handhabung oder besser gesagt Beschlagnahme des Vereins- und Versammlungsrechts der Arbeiter durch verschiedene Generalkommandos. Der Kriegsmন্ত্রী v. Stein antwortete diesmal im ruhigen und entgegenkommenden Ton und äußerte keinen höheren Wunsch, als daß nicht durch Generalstreikaktionen und Bergarbeiterstreiks usw. die Generalkommandos zu schärferer Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts gezwungen werden müßten. Die Bejahung der Interpellation wurde mit der über Belagerungsstand und Zensur verbunden, kam jedoch nicht über eine Rede des Zentrumsabgeordneten Schirmer hinaus, der sich namens der Christlichen Arbeiter den Beschwerden Robert Schmidts anschloß.

Am Donnerstag geht diese Debatte zu Ende. Außerdem soll noch eine umfangreiche Tagesordnung erledigt werden.

Mittwoch, 10. Oktober.

125. Sitzung, Vormittags 10 Uhr.

Ein Antrag zur Strafverfolgung des Abg. Kopp (Sp.) wegen Benehmens gegen die Verordnung über Speisegetreide wird entsprechend dem Antrag der Geschäftsordnungskommission abgelehnt. Die Debatte über die

### Auswärtige Politik

wird fortgesetzt.

Abg. Hausmann (Sp.): Die einheitliche politische Front mit unseren Bundesgenossen ist eine wertvolle Kraftquelle. Von

einfseitigen Eroberungszielen muß sich jedes Glied unseres Bundes fernhalten. Die Allbeuterei haben niemals die Macht in der Regierung gehabt, aber sie haben das Minispiel und die Gebärden der Regierung zum Teil mitbestimmt, und dadurch konnte den Völkern eine deutsche Gefahr an die Wand gemalt werden. Es muß eine Neuorientierung unserer Diplomatie eintreten. — Die überwiegende Mehrheit Deutschlands stimmt dem U-Boot-Krieg als einer notwendigen Abwehrmaßnahme zu. Der Hauptschuldige an der Verlängerung des Krieges ist Wilson mit seiner Duldung der englischen U-Bootkampagne, der zweite Hauptschuldige ist Lloyd George, der das eigene Ministerium stürzte, als Friedensneigungen in ihm bemerkbar wurden. Bethmann-Hollweg hat stets die richtigen Ansichten vertreten, die neue Regierung hat zunächst keine Klarheit aufkommen lassen, ob sie den Standpunkt der Reichstagsmehrheit teilt; aber bei der Bewertung der Papinote hat sich der Reichstanzler völlig auf diesen Standpunkt gestellt. Wenn die Gegner jetzt Etsch-Löhringen als Kriegsziel hinstellen, so haben sie den Kampf auf Tod und Leben angelegt. (Beifall.) Die provozierenden Reden der Churchill und so weiter sollen nur verhindern, daß im eigenen Lande unsere Friedensangebote ein Echo finden. Da ist es fraglich, ob es richtig ist, daß wir nur durch die Blame sprechen wie gestern der Staatssekretär v. Kühlmann, der nur den Diplomaten und nicht den Volksgenossen gesagt hat, daß wir Belgien nicht behalten wollen. Die Allbeuterei sind die Bogelschönche der Friedensstaupe und die Schrittmacher der Kriegsverlängerer der Entente. (Sehr gut! links.) Wir brauchen eine Regierung größter Volkswürdigkeit. Mit den bisherigen Methoden hat die Regierung nicht die nötige enge Fühlung mit dem Parlamente gefunden, daran darf auch unsere gestrige Abstimmung keinen Zweifel lassen. Wir haben Zurückhaltung geübt, um draußen nicht den Eindruck eines Konflikt zu entstehen zu lassen. (Beifall.) Wir haben die Welt durch die Fülle unserer Macht übertrumpft, beweisen wir, daß dahinter auch ein Weltgewissen steht. Wir dürfen im Osten keine andere Politik machen wie im Westen. (Beifall bei der Volksz.)

Abg. Dr. Stresemann (Nat.): Diplomatisch sind wir leider ganz ungerüstet in den Weltkrieg eingetreten. Militärisch sind wir, dank unserm Heer und seinen Führern, die Ueberlegenen. Der U-Boot-Krieg hat mehr geleistet als von ihm erwartet wurde. Die Erneuerung der englischen Flotte hält gegenüber dem zerstörten Schiffsraum nicht stand. Das erkennt man jetzt auch ziemlich allgemein in der englischen Presse an. Gewiß ist die weltpolitische Lage seit dem 1. Februar für uns komplizierter geworden, aber keineswegs allein als Folge des U-Boot-Krieges, sondern sicherlich auch durch die Angelegenheiten unserer diplomatischen Vertreter im Ausland. (Zustimmung links und bei den Nat.) Einen Mann wie Tripitz hätte Naumann nicht mit dem Vertreter Wallenstein vergleichen dürfen. Die Rede des Staatssekretärs Kühlmann war nach dem, was wir sonst in letzter Zeit vom Regierungstisch gehört haben, eine wahre Erquickung, wenn meine Freunde auch nicht überall den Gedanken gängen Kühlmanns zustimmen können. Am 19. Juli haben wir der Friedensbedingungen nicht zugestimmt, weil wir fürchteten, sie könne mißverstanden werden. Der Erfolg hat uns recht gegeben. Zur Frage der Schiedsgerichte hat der amerikanische Senat im März 1912 erklärt: Fragen, die die Lebensinteressen der Nation betreffen, könnten schiedsgerichtlicher Entscheidung nicht unterworfen werden, und als solche Frage auch die Monroe-Doktrin bezeichnet. Gibt es wohl eine höhere Zielsetzung des Schiedsgerichtsgeankens? Wer wie Deutschland, im Besitz des stärksten Heeres, über 40 Jahre lang der Welt den Frieden bewahrt hat, hat Anspruch darauf, daß man ihm glaubt, daß er nur seiner Lebensinteressen wegen zum Schwerte greift. Wie mit der Schiedsgerichtsfrage, liegt es auch mit der Frage der Abrüstung. Daß die Antwort auf die Papinote kein Aufgeben Belgiens enthält, ist zu billigen; selbst wenn wir es aufgeben wollten, dürfen wir das nicht sagen. Auch ich lehne die Formel ab, England auf die Knie zu zwingen. Aber auf die Friedensbank wollen wir England zwingen. Hindenburg hat zu einem neuen Burgfrieden gemacht. Wenn politischen Freunde verwerfen auf das entschiedenste das Bestreben, das Volk in Vaterlandsknecht und Waterlandsknecht zu teilen. (Lebh. Beifall links, bei den Nat. und im Zentr.) Nur in der Einigkeit der Liebe zum Vaterland ist Deutschland unüberwindlich. (Lebh. Beifall.)

Abg. Graf Westarp (R.): In der Zurückweisung der anmaßenden Antwort Wilsons auf die päpstliche Note ist das ganze Volk einig. Was anders war der Ton in unserer und der österreichischen Antwortnote. Aber sowohl die Papinote wie auch ein Teil der jüngsten Ausführungen des Grafen Czernin werden den Lebensinteressen Deutschlands nicht gerecht. Der Gedanke der allgemeinen Abrüstung und des allgemeinen Schiedsverfahrens hat etwas Ideales an sich, aber der Traum vom ewigen Frieden ist eben doch nur ein Traum. Wirktame internationale Abkommen über Rüstungsbeschränkungen können als Resultat dieses Krieges aus den Friedensverhandlungen nicht herauskommen, das beweisen Jahrumberte lange Erfahrungen. (Beifall rechts.) Der ganze Haß und der Vernichtungswille, mit dem die Welt gegen uns ankämpft, wird nicht so bald wieder vergessen werden. Ein Friedensbündnis, der auf Grund dieser Stimmung zu

stande käme, könnte nichts anderes sein, als ein anglo-amerikanischer Bund zur Niederhaltung Deutschlands. (Sehr richtig! rechts.) Der Abrüstungsgedanke kann daher bei den Friedensverhandlungen nicht zur Debatte gestellt werden; zumal die Einzelheiten der Frage so schwierig zu lösen sind, daß dadurch das Zustandekommen des Friedens nur hinausgezögert werden könnte. (Sehr richtig! rechts.) Was der Staatssekretär gestern über Etsch-Löhringen sagte, war ausgezeichnet und hat die Zustimmung des ganzen deutschen Volkes. Aber es ist eine Verächtlichung der richtigen Sachlage, wenn man es so hinstellt, als wenn Etsch-Löhringen allem ein Hindernisgrund des Friedens wäre. (Sehr richtig! rechts.) Der europäische Kontinent muß befreit werden von der Tyrannei Englands und des mit ihm verknüpften amerikanischen Großkapitals. (Sehr richtig! rechts.) Daß es nach diesem Kriege noch ein unabhängiges Belgien geben könne, ist eine Utopie. (Sehr richtig! rechts.) Möge die Feder nicht verderben, was das Schwert genommen hat. (Bravo! rechts.) In diesem Sinne bauen wir die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli und ihre Erwähnung in der Note an den Papst. Trotzdem haben unsere Friedenshändler freie Hand. Das hat auch der Reichstanzler im Ausschuss und gestern zugegeben. Die letzte Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann enthält allerdings gewisse Stellen, die uns in dieser Beziehung bedenklieh erscheinen. Mehrheitsentschlüsse des Reichstages können die Regierung von ihrer Verantwortung nicht befreien. (Sehr richtig! rechts.) Unsere militärische, politische und wirtschaftliche Lage gibt uns das volle Recht, einen starken deutschen Frieden durchzuführen. (Bravo! rechts.)

Abg. Warmuth (D. Fr.): Auf keinen Fall darf in Zukunft Belgien Aufmarschgebiet unserer Feinde sein. Die Sozialdemokraten verlangen, die Völker sollen selbst über ihre Staatszugehörigkeit bestimmen; dann müssen sie dafür eintreten, daß die baltischen Provinzen an Deutschland kommen. Wir brauchen sie auch als Siedlungsland. Es gibt ja auch ein moralisches Recht auf Eroberungen, und das haben wir, in deren Gebiet der Feind eingedrungen ist, auf unserer Seite. Zur Schiedsgerichtsfrage ist zu sagen, daß ein großes Volk seine Lebensfragen nie der Entscheidung eines Schiedsgerichts unterwerfen kann.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Ueber seine Stellung zur Friedensresolution des Reichstages haben wir vom Reichstanzler nun schon die vierte Erklärung gehört; aber Klarheit über seine Stellung zu dieser Resolution und den Friedensfragen überhaupt ist auch dadurch nicht geschaffen worden. Erstaufläherweise war die Mehrheit, die hinter jener Resolution stand, damit zufrieden. Diese Mehrheit wollte doch für einen Verständigungsfrieden eintreten; der Reichstanzler aber arbeitet als Kern heraus, das deutsche Volk müsse zusammenhalten und ausdauern. (Sehr richtig! bei den Nat.) Gewiß, sehr richtig! Nur war dieser Eventualfall nicht der Zweck der Resolution. So hat denn der Reichstanzler das Wohlfühlen der Mehrheit und der Alldeutschen erworben. Aber die Geleitmen sind die Herren von der Mehrheit. Der Reichstanzler hat vollkommen freie Hand; das hat der Reichstanzler übrigens auch im Hauptausfluß ausdücklich festgestellt. Auch der Staatssekretär v. Kühlmann hat mit ausdrücklichen Worten nicht einen Bericht auf Belgien ausgesprochen. Wenn seine Worte, außer Etsch-Löhringen besterbe kein ernstes Hindernis für Friedensverhandlungen auch eine solche Deutung zulassen. Die bürgerlichen Parteien schiehen nicht Anknüpfungen aus; auch der Abg. Jehrenbach vom Zentrum hat sich gestern nur gegen „weitgehende“ Anknüpfungen ausgesprochen. Solche Verschleierungen müssen im Ausland den Eindruck der Hinterhältigkeit Deutschlands erwecken. Auch Herr v. Kühlmann hat sich nicht völlig losgelöst von den bisherigen Methoden der Täuschungs- und Vergewaltigungsdiplomatie. (Präsident, Dr. K. a. u. p. r.) rügt diesen Ausbruch.) Die Aufforderung, des Grafen Lutzburg an die deutsche Regierung, sie solle argentinische Schiffe entweder freilassen oder für spurloses Verschwinden sorgen, also mit dem Mannschaften, ist das Infamste, was ich je gelesen (Zust. bei den Unabh. Soz.) und ich hoffe, daß dieselbe Empörung wie bei dem Barolongfall auch hierbei sich geltend macht. Aber eine Politik, die jagt, um England auf die Knie zu zwingen, ist mit kein Mittel schlecht genug, muß zu solchen Lutzburgfällen führen, die die deutsche Politik in der ganzen Welt verächtlich machen. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Dazu kommt noch die Einschmuggelung dieser Depechen auf schwedische Schiffe. Auf solche Weise wird Deutschlands Ansehen aus schwerster geschädigt. Retten können wir es nur, indem wir von dieser Tribüne unsere Enttüllung über solche Scheußlichkeiten zeigen. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Aber das sind Auswüchse des Systems, das nur zu befechtigen ist, wenn die Diplomatie aus den Händen einer zünftigen Klasse und ihrer monarchischen Auftraggeber in die des Volkes übergeht. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Ihre Unfähigkeit zeigt die deutsche Regierung auch bei der Ordnung der staatlichen Angelegenheiten in den von unseren Truppen besetzten Gebieten. In Polen, Kurland, Litauen begrüßte man sie als Befreier vom Zarenregiment. Aber statt der Freiheit brachte die deutsche Regierung nur ihren eigenen Bureaucratismus dort hin. Es sind ja auch Bestrebungen im Gange, die baltischen Provinzen an Deutschland anzuschließen. Die Herren, die dafür eintreten, meinen fälschlich, es handelt sich um deutsche Länder. (Zuruf:

## Der Nachrichten.

Kulturhistorische Novelle von Levin Schücking.

9. Fortsetzung.

Indes der Scharfrichter so dahinlekte, als ob er vor dem innem Entsetzen, das ihn schüttelte, stehen und sich retten sollte, hatte oben in dem Zimmer des Kommandanten der Leutnant Freadsberg sich in einem Stuhl geworfen, während der Oberstwachmeister noch immer zornig auf und nieder schritt und einen Fluß über den andern ausstieß.

„Kummer Jüngelein ist der Revisorjörter Hande, ist mir gesagt worden, als ich die Depeche erhielt.“ hub nach einer Pause der Leutnant halblaut an.

„Nun, wenns euch gesagt ist, so mag der Mann Hande heißen haben“ fuhr der Kommandant heraus, „wir hier oben wissen nichts davon — wir kennen nur die Nummern.“

„Ich weiß, ich weiß“, entgegnete der Leutnant, „ich will ihre Amtsgeheimnisse nicht ausforschen.“

„War' auch sehr vergeblich!“

„Nehmen wir nun an, der Mann hätte den Namen Hande gehabt — dann —“

Der Leutnant schien erst überlegen zu wollen, was er sagte, bevor er weiter sprach; er zeichnete mit der Spitze des Degens nachdenklich Figuren in den Sand, womit die Dielen bestreut waren.

„Was wollt ihr sagen, Freadsberg?“ fragte der Kommandant nach einer Pause, vor ihm stehen bleibend.

„Ich will nichts sagen — es fährt mir nur so durch den Sinn, daß die Sache doch vielleicht nicht so ganz ein Mißverständnis oder ein Schreibfehler ist, wie wir denken!“

„Nicht? Und wie sollte das zu denken hängen?“

„Haben Sie nicht irgend einen andern armen Sünder in den Reuten, von dem Sie annehmen könnten, daß in diesen Tagen der Reiter Hämmerlein über ihn kommen werde?“

„Einem andern — nun, mag schon sein — da ist Hammer, ein ein Brandstifter und Mordbrenner, dann Nummer Dreizehn, ein Soldat von Raubmörder“

„Möchten wir bei Nummer Dreizehn stehen. Vielleicht hat der Herzog Ober dem gegolten, und“

„Der Schreiber im Kabinett hätte aus Versehen eine Fünfziffer aus der Dutzend gemacht?“ rief der Kommandant ein.

„Aus Versehen? Man sollte meinen, auch der dümmste Schreiber nähme sich beim Expedieren solcher Befehle in acht — und dumm ist des Herzogs Kabinettschreiber nicht eben!“

„Was? was wollt ihr sagen, Freadsberg?“ Heraus mit der Sprache!“

„Ich denke nur, man müßte sich fragen,“ fuhr der Leutnant, seine Stimme zum Flüsternd dampfend fort, „man müßte sich fragen, wer kann ein Interesse dabei haben, daß — aus Nummer Dreizehn eine Fünfziffer geworden?“

„Oh — ein Interesse — wer sollt es haben?“

„Die einzige Person — aber Herr Oberstwachmeister, Sie verstehen mich wohl, ich rede nur von Möglichkeiten, die man demnach besser auch nicht einmal den Wänden und zumal denen auf Höhenzügen anvertraute!“

„So redet doch in Teufels Namen nur weiter, Freadsberg — ich meine, ihr könntet wissen, daß ich nicht der Mann bin, einem guten Bekannten und Kameraden ins Unglück zu stützen!“

„Nun wohl!“ flüsterte der Leutnant weiter, „die einzige Person könnte ein Interesse daran haben, welche auch schließlich in des Herzogs Kabinett treten, und in den Papieren, welche da liegen, bevor sie zur Expedition in die geheime Kanzlei gehen — aus einer 13 eine 15 machen könnt!“

Der Kommandant sah den Offizier vor ihm mit Augen, die seine innere Betroffenheit spiegelten, an.

„Diese einzige Person,“ fuhr der Leutnant fort, „ist des Revisorjörters Hande früheres Eheweib.“

„Teufel,“ murrte der Oberstwachmeister, „ihr habt furioje Gedanken, Freadsberg!“

„Dafür gebe ich sie auch nur, für Gedanken!“ sagte der Leutnant, „sie wären mir vielleicht auch nicht gekommen, wenn man nicht schon furioje Dinge gemunkelt über des Hofjägers Unglück, den Raubmörder, die plündernde Revisionskommission und sein Verschwinden auf Höhenzügen.“

„Aber in Satans Namen,“ fiel der Oberstwachmeister ein, „die Venstein hat ja nun alles auf Erden, was ihr Herz begehen kann, und — der Mann war ja hier ohnedem wohl aufgehoben!“

„Wohl aufgehoben — aber er lebte! Wissen Sie, wohin der Ehrgeiz eines solchen Weibes sich verfliegt? Kann das nicht so weit sein, daß sie, um ihr Ziel zu erreichen, zuerst Witwe sein muß?“

„Was — sie wird ihn, unsern Gnadigsten, doch nicht dahin bringen wollen, daß er sie heiratet!“ rief der Kommandant zornig aus. „Er wird sich hüten!“

„Hoffentlich!“

„Woh!“

„Damit ist nicht gesagt, daß sie nicht darauf hinarbeitet!“

„I do schlag das Wetter in die ganze Wirkhaft,“ rief der Kommandant aus, „hören Sie auf, Freadsberg, mit ihren vermaldeuten Gedanken — der Satan soll mich holen, wenn ich noch ein Wort darüber hören will!“

6.

Was der Leutnant von Freadsberg da pinteifiert und gedacht, um die seltsame Tatsache zu erklären, daß er den Mann, an den ihm ein Auftrag des Herzogs laide, auf desjelben Herzogs Befehl nicht mehr unter den Lebenden und Fingertisch fand — waren es die boshafsten Unterstellungen eines Höllings, der gekrenkt hat, alles für möglich zu halten — oder war es die Wahrheit? Hatte in der Tat ein unglöses Weib den Tod ihres Gatten herbeigeführt, um die Wartenen eines Mannes zu werden, der nur in Verschwendung und Despotenübermut ein Vorbild der Welt war?

Nur das weißt eine Antwort auf diese Frage. Es ist auch nicht das Gerüchte darüber bekannt geworden, wie der Herzog die Meldung aufgenommen, welche ihm sein Bote, nachdem er von Höhenzügen zurückgekehrt war, machte; oder was er auf die Depeche verfuhr, in welcher der Kommandant, was geschah vermeldet und die er dem herzoglichen Adjutanten mitgab. Es hat nichts darüber verlautet, etwa daß der gnädigste Herr in Zorn geraten, daß eine Untersuchung angestellt worden, daß der expedierende Beamte der geheimen Kanzlei von einer Ungebe betroffen worden — nichts, gar nichts — es ist Gras über die Geschichte gewachsen wie über so viele, so viele andere!

Nur das ist gewiß, daß Frau von Venstein sich ihrer Allmacht und ihrer Gewalt über das Gemüt des fürstlichen Landesherren nicht mehr lange erfreute. Ihr Reich dauerte noch etwa ein halbes Jahr. Dann mußte sie eines schönen Tages das Residenzschloß räumen. Es sollte dabei harte Szenen vorgefallen sein, in denen die vertöschene Geliebte mit hohen Enthüllungen gequält hätte, Drohungen, die mit andern schmerzlichen erwidert worden sein sollten und die nie ausgeführt wurden. (Fortsetzung folgt.)

Deutsche Kultur.) Maßgebend ist nicht diese, sondern die europäische Kultur; über 90 Proz. der Bevölkerung ist nicht deutsch. In Riga prepotieren die Deutschen nur ein Sechstel der Bevölkerung aus. Die große Majorität bilden die Letten, die auch den Bürgermeister aus ihren Reihen gewählt haben. Solange die deutsche Armee Riga besetzt hält, ist es natürlich möglich, eine aus der deutschen Minderheit bestehende Regierung einzuführen; nach dem Kriege wird das ja nicht so einfach gehen. Will man etwa einen deutschen Prinzen hinstellen, der die Sache allein macht. Ja bin zwar sehr für den Export von Prinzen, (Seiterfeld) aber sie dürfen doch kein Unheil anrichten. Die Einsetzung einer deutschen Honorarregierung in Riga war das Angelegteste, was man machen konnte. Die Friedensstreiter in Rußland, die russischen Sozialdemokraten, die Republikaner, mühten sich natürlich vor dem Kopf gestehen zu werden. Wenn man die Absicht wirklich will, so muß man zuerst ein Europa schaffen, das gemeinsame wirtschaftliche Interessen hat. Die Angelegenheiten der Staaten Europas mühten sich dann in einem staatenübergreifenden Parlament erledigt werden. Wer noch mit einem weiteren Kriegsjahre rechnet, der stellt die Stimmung des Proletariats nicht in Rechnung. Wir stehen gegenüber dem diplomatischen Zusammenbruch des gegenwärtigen Systems. Wir erleben die Höhenämmerung des Kapitalismus. Die Proletarier aller Länder waren bisher nur Werkzeuge und Opfer des Krieges. Jetzt dämmert in den Völkern die Erkenntnis auf, daß das Proletariat dem Kriege ein Ende machen kann, sobald es entschlossen ist, seine Macht zu gebrauchen. Lassen Sie sich nicht: der Gedanke eines vierten Kriegswinters ist für das Proletariat unerträglich; wenn nicht in aller nächster Zeit die Regierungen zum Frieden kommen, so wird unter dem Druck der wachsenden Not in allen Ländern ein internationaler Massenstreik mit elementarer Gewalt hervorzubringen, um den Frieden zu erzwingen. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz. — Unruhe rechts.) Wenn das Proletariat so den Frieden herbeigeführt hat, dann wird es auch stark genug sein, dafür zu sorgen, daß niemals mehr Dummköpfe oder Verbrecher die Welt mit einem solchen Kriege zu überfallen suchen. (Leb. Weif. bei den Unabh. Soz.)

Abg. M u m m (D. Fr.): Die baltischen Provinzen haben jahrelang unter dem deutschen Joch gestanden und verdanken ihre gesamte Kultur dem deutschen Geistesleben. Die Letten — Esten — sind in ihrer ganzen Wesensart von dem Rußentum verschieden und brauchen den Anschluß an Deutschland. Durch innere Kolonisation wird das Land auch eine in der Mehrzahl deutsche Bevölkerung erhalten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. H e d l e r (Sp.) nimmt die Politik des Fürsten Bilow gegen seinen Parteifreund Hauptmann in Sankt Petersburg als verstanden, den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands zu fördern, ohne daß der deutsch-englische Antagonismus zum Weltbrand föhrt. Der Bethmannsche Staatskunst dagegen ist es nicht gelungen, den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern.

Die Debatte schließt.

Es folgt die Interpellation Antrid und Genossen (Soz.) betreffend die Handhabung des Vereins- und Versammlungrechts. Die Interpellation begründet:

Abg. S h m i d t - B e r l i n (Soz.): Eine große Anzahl von Verboten zeigt, daß für die Arbeiter das Versammlungrecht vollständig aufgehoben ist. Es herrscht einfach Diktatur und Willkür. Entgegen allen Zusicherungen und Versprechungen müssen selbst Zirkulare der Gewerkschaften an ihre Zahlstellen den Generalkommandos vorgelegt werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Nicht nur der sozialdemokratischen Partei, auch den Gewerkschaften wird das Verben von Mitgliedern verboten, aber die neue Vaterlandspartei kann ungehindert ihre Propaganda treiben. Selbst in Mitgliederversammlungen wird nicht gestattet, daß Redner auftreten, wenn sie den Generalkommando nicht vorher angegeben sind. Auf diese Weise wird jedes Vereinswesen unmöglich gemacht. In der Verordnung des ersten Generalkommandos heißt es, daß Versammlungen auszulösen sind, wenn sie die Einigkeit des deutschen Volkes tören. Danach müßte jede Versammlung der Vaterlandspartei verboten werden. (Sehr wahr! links.) Meinem Parteifreund ist die Erörterung von Friedenszielen in Versammlungen nicht gestattet. So wird jede Aufsklärung verhindert. Naturgemäß ruft dieser Zustand eine fortgesetzte steigende Erbitterung in der Bevölkerung hervor. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das polenische Generalkommando verfügt, daß Vereine, deren Zwecke gegen die Interessen der Kriegführung verstoßen, auszulösen sind. Wir wissen ja, was heute alles als gegen die Interessen der Kriegführung verstoßen erachtet wird. Und der Grund ist, daß es in der Verordnung heißt: die Auflosungsverfügung ist nicht anfechtbar. (Leb. hört, hört! bei den Soz.) Das geht noch über das Militärstrafgesetzbuch. Danach ist das Versammlungs- und Vereinsleben völlig in das Verbot des Generalkommandos gestellt. Versammlungen, in denen über das Hilfsdienstgesetz gesprochen werden soll, werden von diesem und anderen Generalkommandos für genehmigungspflichtig erachtet. Das ist eine vollständige Absperrung der Zusammenkünfte, die bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes gemacht worden sind, wonach auf die Mitteilung der Gewerkschaften der größte Wert gelegt wird.

Über die Versammlungsverbote darf nichts in die Presse kommen. Ein solcher Zustand ist unferes Landes unwürdig und ruft in der Arbeiterschaft eine Stimmung hervor, die wir im Interesse des Vaterlandes beauern. Wenn das der Geist der Neuorientierung ist, so bemache uns der Himmel davon. Wir haben zu dieser Neuorientierung ein unbegrenztes Mißtrauen und werden uns durch solche Redensarten nicht täuschen lassen; der vorzügliche Politiker gibt nichts auf Zukunftswechsel, sondern will Paraphrasieren haben.

Wie die Verfügungen und ihre Handhabung in der Praxis werden, dafür ein Beispiel. Im Bezirk des Korostowkommandos von Breslau brach im Juni ein unbedeutender Bergarbeiterstreik wegen Ernährungsmergerigkeiten aus. Die Gewerkschaften wollten unter den Arbeitern ein Flugblatt verbreiten, worin diese auf das Unzulässige eines solchen wilden Streiks hingewiesen wurden. Das Generalkommando verböt den Druck, da das Flugblatt als gefährlich sei, in den Kreisen anderer deutscher Arbeiter Verwirrung zu erregen. (Leb. hört, hört! bei den Soz.) Nun griff der Streik an sich, aus einem wurden mehrere. Doppelt war in diese unorganisierten Arbeiter nicht hineinzufragen, aber schließlich waren ihre Forderungen doch zu erkennen, und familiäre Gewerkschaften, der polnische Berufsverein, die Hilfs-Bündel, die christlichen und die freien Gewerkschaften, nahmen sich der Forderungen an, und gerannen die Arbeiteransprüche für etwas vernünftige Forderungen. Es war aber den Gewerkschaften nicht möglich, zu den Arbeitern selbst zu sprechen und sie zur Annahme der Arbeit bei Erfüllung der vernünftigen Forderungen zu bewegen. So kam es, daß erst am 3. Juli die Vereinarbeitung zustande kam, der Streik aber erst am 16. Juli beendet war. In dieser Woche hat das Generalkommando die Kohlenförderung in Oberschlesien volle 19 Tage unterbrochen. (Leb. hört, hört!) In Katowisz, wo die Verhandlung am 9. Juli zustande, erreichte der Rortschade des Schmelzwerkgeschäftes bei der Polizeibehörde die Genehmigung einer Versammlung, und schon am nächsten Tage konnten alle Arbeiter wieder zur Arbeit an. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch in Breslau kam schließlich eine Verhandlung zustande, aber der oberstelegische Berg- und Hülfenverein erklärte, den Forderungen der Arbeiter konnte man zwar zustimmen, aber prinzipiell könne er solche Zugeständnisse nicht durch Verhandlungen machen. (Leb. hört, hört!) Eine Versammlung, die zum Berichtig in Breslau stattgefunden hätte, hat das Generalkommando in Breslau fast gänzlich, aber mit der Einschränkung: aber politische bezugslos, damit in der Verhandlung nicht geschick werden. Zur deutliche althergebrachte ist die Zeit doch nutzlos zu sein. Derselbe Generalkommando sagte es aus, daß in vier anderen Versammlungen in Oben der deutsche Bergarbeiter das Wort zu einer Klagestellung erhalten hätte, weil er als Arbeiter nicht weiter anerkannt war und drüfte in Verhandlungsstelle mit Klageauslegung von Verhandlungen. In einer dieser Versammlungen betonte das Generalkommando die Genehmigung einer Versammlung nicht nur deren legislative, sondern auch deren executive Aufhebung. (Leb. hört, hört! bei den Soz.)

lungen verboten wurden und auf Beschwerde gesagt wurde, Unterstellungen in den Parteien werden nicht gemacht, fanden innerhalb zweier Wochen 22 öffentliche Versammlungen der Vaterlandspartei und anderer Parteien statt. Als das Generalkommando hierauf hingewiesen wurde, stellte sich heraus, daß ein großer Teil dieser Versammlungen gänzlich angemeldet war. Der ganze Verwaltungsapparat ist darauf eingestellt, uns die Versammlungen unmöglich zu machen. Aber Anhänger werden Sie uns damit nicht abtreiben. Was ist aus dem Kaiserwort geworden: „Ich kenne keine Parteien mehr, nur Deutsche!“

Bei den Mitgliederversammlungen des Rattowitzer Bergarbeitervereins kontrolliert ein Gendarm, ob auch wirklich nur Mitglieder zugegen sind. Zu demart unnützen Arbeiten haben wir in dieser ernsten Zeit Beamte zur Verfügung. In Oberschlesien wurden zwei Bergleute, die dort eine Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes gegündigt hatten, plötzlich eingezogen. (Hört, hört!) Die Bergverwaltung reklamierte sie und es stellte sich heraus, daß die Militärbehörde sie auf Aufforderung der Ortspolizeibehörde eingezogen hatte. (Hört, hört!) Den polnischen Berufsvereinen in Oberschlesien wird verboten, in Versammlungen über ihre Lage und das Hilfsdienstgesetz zu verhandeln. Verbote man dort lieber den Bergwerken, über die Erhöhung der Kohlenpreise zu verhandeln. (Sehr gut!) Selbst gemeinsame Besichtigungen wurden Gewerkschaftlern verboten. (Hört, hört!) Das erinnert mich an die Zeit des Sozialistengesetzes, wo uns auch gemeinsame Spaziergänge verboten wurden. Nach dem Verbot einer Versammlung wurde dem Einrufer verboten, künftig überhaupt noch Versammlungen einzuberufen, zugleich wurde ihm verboten, dies Verbot des Generalkommandos bekannt zu geben. (Hört, hört!) In Oberschlesien ist verboten worden, in einer geschlossenen Mitgliederversammlung über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu berichten. In Helsen wurde vorgeschrieben, daß schriftliche Anträge zunächst dem überwachenden Polizeibeamten eingureichen sind, bevor sie zur Verhandlung kommen. (Hört, hört!) In einem Falle erging das Verbot, Ausdrücke wie Krieg ohne Ende usw. zu gebrauchen. (Seiterfeld.) Vielleicht richtet man im Kriegsministerium ein neues Dezernat ein, das festzustellen hat, was alles in Versammlungen nicht gesagt werden darf. (Sehr gut!) Vom Bezirkskommando 8 des 8. Armeekorps wurde allen Reklamierten verboten, an Versammlungen teilzunehmen. (Hört, hört!) Nach einer Bekanntmachung des 7. A.-K. wird bestrast, wer Arbeiter in Betrieben der Heeresverwaltung zum Wechsel der Arbeitsstelle auffordert. Daraufhin wurde es einem Gewerkschaftsbeamten unmöglich gemacht für die Aufrechterhaltung des Tariflohnens einzutreten. (Hört, hört!) Glauben Sie, daß Sie mit solchen Verboten zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen? In dem Verbot auf eine Beschwerde dieß es: von anderen Versammlungsverboten ist dem Reichskanzler nichts bekannt. Der ahnungslose Reichskanzler! Und mit was für Kleinigkeiten beschäftigen sich die Generalkommandos. In einem Fall wurde ein Einladungsblatt, das lautete: „jedermann ist freundlich eingeladen“, verändert in „jeder Parteifreund ist freundlich eingeladen“. (Seiterfeld und Hört, hört!) Trotzdem ist diese Versammlung noch verboten worden. Das Oberkommando in den Marken hat den Berliner Metallarbeitern die Wahl ihrer Ortsverwaltung unmöglich gemacht. Die Unabh. Soz. verbreiten nun, das geschehe zu unseren Gunsten und läßt sich das von einem Teil der Arbeiter gelaubt. Wir lehnen solch einen Sog des Oberkommandos auf das entschiedenste ab. (Sehr gut! bei den Soz.) Vom Kriegsministerium ist auf die Generalkommandos eingewirkt worden, von der Befugnis des Versammlungsverbotes weichen Gebrauch zu machen; auch sollen Arbeiter nicht mehr reklamiert, sondern nur beurlaubt werden. (Hört, hört!) Das entspricht nicht den bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes gemachten Zusicherungen, auf deren Erfüllung wir bestehen müssen. Aber im Kriegsministerium hat sich manches geändert, dort ist mancher verschunden, der soziale Ansichten hatte. Das Breslauer Oberkommando sagt in einer Verfügung: Nahrungsmittelforgen können nicht die Ursachen von Streiks sein. (Hört, hört! bei den Soz.) Und in die Hand eines Mannes mit solchem Unverständnis unferer Zustände wird die Entscheidung über die politischen Rechte einer ganzen Provinz gelegt! Die Sphäre, die die Militärverwaltung gegenüber den Arbeitern zeigt, sollte sie gegen diejenigen Unternehmer aufbringen, die prinzipiell jede Verhandlung mit den Arbeitern ablehnen. Die gilt es zur Ratzen zu bringen. Lehnen Sie die Vermittlung der Gewerkschaften ab, glauben Sie mit der Diktatur zum Ziel zu kommen, so werden die Gewerkschaften den Schaden nicht haben, aber jede Verantwortung weisen wir zurück. Im Kriegsministerium ist die sozialpolitische Einsicht nicht mehr vorhanden, die erfreulicherweise dort eine zeitlang zu finden war. Aber Deutschland ist kein Kasernenhof und der Zustand der unbefruchteten Gewalt der Generalkommandos ist eines freien Volkes unwürdig. Das militärische Spiel mit den Rechten des Volkes muß aufhören, sonst können wir zu einer unendlichen politischen Zerrüttung. Das militärische Regiment, das sich im Innern gegen die eigenen Landesländer richtet, schätzt uns die Stimmung vor, die wir in dieser harten Zeit brauchen. (Leb. Weifall bei den Soz.)

Kriegsminister v. Stein: Ich setze soziale Fragen durch aus nicht fern. Sie sind für mich ein völlig neutrales Gebiet. Ich habe dabei für alle Parteien das gleiche Interesse, meine persönlichen Ansäuungen kommen dabei nicht in Frage. Wenn zu einer gewissen Zeit die Versammlungsverbote in Oberschlesien um weiter gehend wurden, so hing das mit dem Kohlenstreik zusammen, der uns inmerhin einige 100 000 Trierer Kohlen gekostet hat, die wir dringend brauchen. Nachdem allmählich wieder Ruhe eintrat, ist eine mildere Handhabung eingetreten. Die Generalkommandos sind in einer sehr schwierigen Lage, sie werden viel angegriffen und sind doch verantwortlich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Ich wundere mich doch, daß der Korrespondent nur Angriffe vorgebracht hat, während mir doch bekannt ist, daß die meisten Generalkommandos im besten Einvernehmen mit den Gewerkschaften arbeiten. Angriffe werden natürlich immer vorkommen, das gebe ich ohne weiteres zu. Wenn geflagt werden ist über ungleiche Behandlung der Versammlungen der verschiedenen Parteien, so habe ich da einen besseren Vorschlag, weil die Beschwerden aller Parteien, soweit sie nicht vorher erledigt werden, zu mir kommen. Und da kann ich Ihnen sagen, daß recht kräftige Beschwerden, und zwar nicht wenige auch von althergebrachten Vereinen kommen. Auf die vorgebrachten Einzelfälle kann ich natürlich nicht eingehen, sie sind mir zum größten Teil unbekannt. Ich will Ihnen aber bekannt geben, was von mir den Generalkommandos befohlen worden ist, als nach den Streiks eine gewisse Ruhe eintrat: „Es kann nicht als zulässig bezeichnet werden, wenn durch zu schwere Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts Kräfte unter die Arbeiterschaft gebracht wird. Die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Interessen der noch ihnen vertretenen Berufsgruppen wahrzunehmen, muß den Gewerkschaften ebenso wie den anderen Arbeiterorganisationen gewährleistet sein. (Bravo!) Es wird daher erucht, die erlassenen Bestimmungen so zu handhaben, daß nicht unzulässige Schwierigkeiten entstehen. Die Anmeldeschrift für Kontrakte und Verhandlungen darf nicht zu lange demessen werden. Diskussionen sind zulässig, aber anmeldepflichtig. Der Begriff Arbeiterfragen darf nicht zu eng gefaßt werden. Die Besprechung der Kohlen- und Lebensmittelpreise ist hier zugelassen. Bekannte, zuverlässige Personalisten brauchen weniger strenge Bestimmungen unterworfen zu werden als fremde oder solche Einrufer von Versammlungen, von denen vorzugehen anzunehmen ist, daß ihr Ansehen beruhend oder unterstützend wirken würde.“ Ich glaube, aus die Herren Sozialdemokraten werden wir geben müssen, daß viele Beschwerden seit geraumer Zeit auf friedlichen Wege schon gelöst worden sind. Natürlich kommen immer wieder Beschwerden vor, aber wenn uns die Hilfe aller Beteiligten nicht ist, so werden wir, glaube ich, wenn in diesem Sinne gearbeitet wird, daß den Forderungen, der uns ja jetzt nötig ist, nicht entgegen zu kommen. Wenn aus alldem was irgend einer Seite Empfehlungen gemacht werden, so würde ich natürlich wieder in die Höhe reihen sein müssen, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Ich würde aber wünschen, daß das im Interesse aller Beteiligten werden kann.

Schlag des Präsidenten verbunden mit der Erörterung der Fragen der Schutzhaft und des Belagungsverstehens.  
Abg. S c h i r m e r (Zentr.): Wir erkennen gern an, daß das Kriegsministerium sich durch Verordnung sozialer Art Verdienste erworben hat. Die schärferen Maßnahmen bei den Generalkommandos datieren seit dem Ausschließen des Generals Gröner. (Hört, hört!) Die beim Hilfsdienstgesetz gegebenen Beschränkungen werden nicht eingehalten. (Hört, hört!) Wir müssen solche Versammlungsverbote — auch die christlichen Gewerkschaften sind davon betroffen — auf die Stimmung der Arbeiter wirken; sie haben den Eindruck, daß die Generalkommandos sich zur Schutztruppe der Unternehmer aufwerfen. Soweit solche Verbote im vaterländischen Interesse notwendig sind, um gegen Streiks aufzutreten, sind sie natürlich berechtigt. Aber gerade deshalb sollte man Verhandlungen über Lohnfragen nicht verbieten. So lange die Unternehmer frei schalten und walten können und ungeheure Kriegsgewinne machen, dürfen auch die Arbeiter nicht verbittert werden, Lohnforderungen zu stellen. (Sehr richtig!) Das Vereins- und Versammlungsrecht muß wieder hergestellt werden, wie es beim Hilfsdienstgesetz versprochen worden ist.  
Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 10 1/2 Uhr pünktlich vorzut. (Vorher Nachtragsetat, Interpellation des Jentsch über den Mittelstand, dritte Lesungen.)  
Schluß 8 1/2 Uhr.

### Gewerkschaftsbewegung.

Zum Internationalen Gewerkschaftstages in Bern. Vom letzten Verhandlungstag des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Bern sind noch einige wichtige Beschlüsse und Erklärungen nachzutragen. Auf Antrag Leipziger-Deutschland nahm der Gewerkschaftstages folgende Resolution an:

„Im Anschluß an die Aufstellung der Friedensforderungen richtet der Internationale Gewerkschaftskongress an die Gewerkschafts- und Arbeitervertreter aller Länder die dringende Aufforderung, für die Anerkennung und Durchführung dieser aufgestellten Arbeiterforderungen mit allen Kräften einzutreten. Alle Gewerkschaftslandeszentralen werden verpflichtet, die aufgestellten Forderungen ihren Regierungen bald einzureichen und sie zu veranlassen, bei den Friedensverhandlungen für die Annahme der internationalen Arbeiterforderungen einzutreten. Die Konferenz verlangt und erwartet von den Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder, daß sie den Feststellung des sozialpolitischen Teiles der Friedensbedingungen auch Vertreter der Gewerkschaften jeden Landes zugezogen werden.“

„Im Ansehluß an die Erklärung, in welcher er namens der tschecho-slawischen Gewerkschaften die Erklärung abgibt, daß sie bereit und gewillt seien, die Grundzüge des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu den übrigen zu machen, mit dem Begehren, als gleichberechtigte Landesorganisation anerkannt zu werden. Auf dem Protest von Heubers-Oesterreich nimmt der Kongress keine Stellung zu der Erklärung und geht zur Tagesordnung über.  
Namens der deutschen Delegation gab Legien folgende Erklärung ab: Die Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands erklären, daß ihre Weigerung, heute einer Sicherlegung zuzustimmen, nicht so aufgefaßt werden darf, daß sie unter allen Umständen den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Deutschland behalten wollen. Sie sind zu ihrer Stellung genötigt, weil insbesondere von den englischen Gewerkschaften gesagt worden ist, daß die Sicherlegung gleichbedeutend sei mit einem Mißtrauensvotum gegen Deutschland. Der Internationale Gewerkschaftsbund kann mit erhalten werden, wenn volles Vertrauen aller Landeszentralen zu einander vorhanden ist. Sobald sämtliche Landeszentralen bereit sind, zu einer Konferenz zusammenzukommen, sind die Gewerkschaften Deutschlands bereit, über die Sicherlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ordnungsgemäß zu verhandeln.“

Auf Antrag von Fimmen-Holland wird als Abschluß des Kongresses den französischen und italienischen Gewerkschaftszentralen folgendes Freundschaftsbeleggramm übermittelt: „Die Delegierten des Internationalen Gewerkschaftskongresses senden der französischen und italienischen Zenträle ihren „brüderlichen“ Gruß. Sie sprechen insbesondere den französischen Gewerkschaften ihre Anerkennung aus für ihre Bereitwilligkeit, den Kongress zu bejahren und geben der Hoffnung Ausdruck, daß ihrer Vertreter dieser Länder an der nächsten Konferenz teilnehmen werden, damit die Organisationsfrage zur Erledigung kommen kann und die Internationale einheitlicher als je im Interesse der Arbeiter aller Länder ihre Arbeit fortsetzen kann.“

### Aus Nah und Fern.

Nichter Lynch in Rußland. Seit die russische Revolution mit der Polizei ausgeräumt hat, die das wandelnde Sinnbild des alten Regimes, das allgegenwärtige schlechte Gewissen eines verrotteten Staates war, ist es noch nicht gelungen, auf dem Lande eine zuverlässige Autorität herzustellen. Zu allen übrigen Heimsuchungen, denen die russischen Bauern in Kriege ausgesetzt sind, gesellt sich daher eine öffentliche Unsicherheit, von der die verbrecherischen Elemente und die Scharen herumziehender Landstreicher in größten Maßstab Nutzen zu ziehen begannen, bis die Bauern sich zur Selbstwehr entschlossen. Das Gesetz des Richters Lynch hat sich überall von selbst eingebürgert, und die von der Regierung abgeschaffte Todesstrafe wird von den wilden Bauern schon für kleine Feldbrechstähle verhängt. Diese Form der Rechtspflege führt zu Tragödien, von denen eine in einem Petersburger Blatt geschildert wird. Ein Bauer, der auf einem Dampfer die Wolgafahrt gemacht hatte, erzählte, daß eine mitreisende Frau in ihrer Brusttasche 200 Rubel verborgen hatte. Neben ihr saß ein anständig gekleideter Herr, die Frau drückte sich aber ängstlich von ihm weg, und als sie sich abends schlafen legte, verdeckte sie ihr Geld schnell in einem Strumpf. Am Morgen fand sie das vergebens und als sie den vermeintlichen Verlust ihr Gelbes bemerkte, schlug sie Lärm und bezeichnete den Herrn der Reiseprevor neben ihr, als Dieb. Das Publikum wurde müde und warf ohne weiteres den Beschuldigten in den Fluß. Als er schon ertrunken war, entdeckte die leichtsinnige Frau ihr Geld wieder und gestand nun unter Tränen ihren Irrtum. Die Rat des Publikums war nun noch größer, und die Unglückliche folgte sofort dem von ihr verleumdeten Manne nach. Als man auf diese Weise zwei Unschuldige ertränkt hatte, waren die Leute ruhig, im Bewußtsein, damit in der „geschlossenen“ Zeit wenigstens wirklichen Dieben ein abschreckendes Beispiel hingestellt zu haben.

Die Ueberflemmungen in China. Wie die englische Presse aus Tientsin erfährt, sind die Ueberflemmungen in dieser Provinz von einer so enormen Ausdehnung, daß ganze Landstrecken meilenweit in Seen umgewandelt wurden, denen Ufer mit dem bloßen Auge nicht zu sehen sind. Nach Reuerungen von Fachleuten müssen Monate vergehen, bis das Wasser sich zurückgezogen haben wird.  
Nach einem Telegramm aus Schanghai besteht kein Zweifel, daß die gewaltigen Ueberflemmungen in Nordchina furchtbare wirtschaftliche und politische Folgen haben werden. Flüsse sind in Ströme von zwei Meilen Breite und 40 Fuß Tiefe verwandelt worden. Sie schwemmen die Eisenbahn von Peking nach Santau weg und überflemmten am 22. September europäische Niederlassungen in Tientsin, brachen den Uferdamm, des Gelben Flusses. Das überflemmte Gebiet erstreckt sich über 300 Meilen von der südlichsten Grenze von Chianun nach Tientsin und wird durch die Eisenbahntunneln Peking-Kaifeng und Tientsin-Tientsin begrenzt. Das dicht besiedelte Gebiet von beinahe 20 000 (englischen) Meilen ist ein See von 8 bis 10 Fuß Tiefe geworden. Wenn der Gelbe Fluß definitiv im Becken von Tientsin mündet, wird Tientsin unbewohnbar werden und jedes Jahr einer Ueberflemmung ausgesetzt sein. Unter diesen Umständen wird die Verbindung mit Peking unsicher sein, so daß es nötig sein wird, die Hauptstadt zu verlegen. Die Bahnlinie Peking-Santau ist an 800 Stellen beschädigt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.  
Verleger: Th. Schwart, Druck-Friedr. Meyer & Co.  
Ganzlich in Wien.